

DER AUTORITÄRE STAATSUMBAU IN LATEINAMERIKA

FACHDOSSIER

Frank Braßel
Antonia Rodríguez Sánchez
Frederic Schnatterer
Hildegard Willer

fdcl
Forschungs- und Dokumentationsnzentrum Chile- Lateinamerika e.V.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Herausgegeben von:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a, D -10961 Berlin, Germany
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org

Rosa-Luxemburg-Stiftung – Zentrum für internationalen Dialog
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Fon: +49 30 44310-0 E-Mail: info@rosalux.org
Internet: www.rosalux.de

Autor*innen: Frank Braßel, Antonia Rodríguez Sánchez, Frederic Schnatterer & Hildegard Willer
Redaktion/Lektorat: Tininiska Zanger Montoya (FDCL)
Titelbild/Fotos: Soldaten marschieren in San Salvador, El Salvador, während der zivil-militärischen Parade zum Unabhängigkeitstag am 15. September 2023
Foto: Kellys Portillo / Alharaca
Layout: Ingrid Navarrete | www.ingrid-navarrete.de
Druck: Hinkelsteindruck, 10997 Berlin
Redaktionsschluss: 31.07.2026

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und mit freundlicher Unterstützung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) Berlin. Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung der Autor*innen und gibt nicht notwendig die Position der Herausgeber*innen wieder; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und des BMZ noch der LEZ Berlin wieder.

Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz
(CC BY-NC-SA 4.0).

FDCL-Verlag Berlin, 2026 | ISBN: 978-3-949237-26-3

INHALT

Einleitung der Herausgeber*innen	4
1. El Salvador: Diktatur im Namen der Sicherheit	8
2. Das neo-autoritäre Ecuador	16
3. Kettensäge gegen die Freiheit	23
4. Das Erbe des Fujimorismo in Peru	29



EINLEITUNG DER HERAUSGEBER*INNEN

Rechts-autoritäre Regierungen sind in Lateinamerika zurück an der Macht. Von El Salvador unter Nayib Bukele, bis Kolumbien unter Abelardo de la Espriella haben sie in den letzten Jahren die Wahlen gewonnen und sind in der Region inzwischen in der deutlichen Mehrheit. Die Gründe dafür sind vielfältig und hängen sowohl mit innenpolitischen Entwicklungen zusammen, als auch mit der Verschiebung von geopolitischen Machtkonstellationen.

Die Donroe-Doktrin und die neuen Vormachtansprüche der USA

Ende 2025 veröffentlichte die US-Regierung ihre neue Sicherheitsstrategie,[1] in der sie ihre außenpolitische Neuausrichtung verkündete. Ein Teil davon ist der Anspruch auf Dominanz und Kontrolle durch die USA in der „westlichen Hemisphäre", also in Lateinamerika. Die Strategie wurde unter der Bezeichnung „Donroe-Doktrin" bekannt und lehnt sich an die Monroe-Doktrin aus dem 19. Jahrhundert an.[2] Hier zeigt sich erneut, was schon vor zwei Jahrhunderten offensichtlich war: Die USA betrachten Lateinamerika als ihren Hinterhof und wollen diese jahrhundertelange Vormachtstellung nach einer Phase progressiver linker Regierungen in den letzten Jahrzehnten sowie angesichts des steigenden wirtschaftlichen Einflusses Chinas auf die Region wiederherstellen.[3]

Man mag sich fragen, was an diesen Vormachtansprüchen der USA gegenüber Lateinamerika so neu ist und ob es sich nicht im Grunde um die gleiche Vorgehensweise in einem neuen Gewand handelt. Im Kontext des „Kriegs gegen den Kommunismus" billigten die USA in den 70er und 80er Jahren nicht nur Militärputsche und -diktaturen sowie paramilitärische Strukturen, sondern unterstützten diese auch aktiv finanziell, organisatorisch und technisch. Unter dem Decknamen „Operación Condor"[4] schalteten die Diktaturen in Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay, Bolivien und Brasilien gemeinsam mit den US-Sicherheitsdiensten Regimegegner*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen aus. Der Staatsterror der Militärdiktaturen war für die Ermordung, Folter, das Exil und das gewaltsame Verschwindenlassen von Hunderttausenden Menschen verantwortlich. Und auch dort, wo linksgerichtete Regierungen an die Macht gekommen waren, mischten die USA mit. Um nur ein Beispiel zu nennen: Nach dem Sieg der Sandinistischen Front FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) gegen den Diktator Anastasio Somoza in Nicaragua, unterstützte die US-Regierung die rechten paramilitärischen Strukturen der Contras in ihrem Kampf gegen die Sandinistas.[5]

Neu ist nun unter Trump weniger der Anspruch auf eine US-amerikanische Hegemonie selbst als die Offenheit, mit der dieser formuliert und verfolgt wird. Mit einer zunehmenden Demokratisierung in Lateinamerika und dem Zusammenbruch des Ostblocks wurde die regionale Dominanz weniger interventionistisch und zunehmend mit dem Diskurs einer regelbasierten internationalen Ordnung überlagert bzw. legitimiert. Heute gibt Trump öffentlich zu, sich in die Wahlen verschiedener Länder eingemischt zu haben, wie im Falle von Nasry Asfura in Honduras, den Parlamentswahlen in Argentinien und jüngst von Abelardo de la Espriella in Kolumbien. Konsequenzen muss er keine fürchten. Er macht weder einen Hehl aus seiner Motivation, sich Rohstoffe – wie das venezolanische Erdöl – in der Region zu sichern noch aus seiner Bereitschaft, dies zur Not militärisch zu erzwingen.

Der US-amerikanische Einfluss ist eine wichtige Rahmenbedingung für die gegenwärtigen Entwicklungen, der den erneuten Aufstieg des Autoritarismus jedoch nicht allein erklären kann. Um ihn zu verstehen, müssen wir ebenso auf die politischen, sozialen und ökonomischen Krisen innerhalb der einzelnen Länder schauen.

Von den Militärdiktaturen zur Demokratisierung

Wie die interventionistische Politik der USA ist auch der Autoritarismus in Lateinamerika und der Karibik kein neues Phänomen. Die Militärdiktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren klassische autoritäre Staatsprojekte. Abgelöst wurden sie nach und nach durch mehrheitlich konservative und wirtschaftsliberale Regierungen, die zwar die Demokratisierung weiter vorantrieben, aber ein zentrales Problem in der Region nicht lösten oder durch neoliberale Reformen noch weiter verschärften: die soziale Ungleichheit. Im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre fand auch deshalb der als *marea rosa* („rosarote Welle") bekannte Linksruck in der Region statt.[6] In Venezuela, Brasilien, Argentinien, Chile, Uruguay, Bolivien und Ecuador wurden progressive bis linke politische Bündnisse gewählt. Diese hatten die Eindämmung des Neoliberalismus zum Ziel. Sie versprachen soziale Reformen und suchten eine wirtschaftliche Stärkung des Staates, oft finanziert durch ein neo-extraktivistisches Modell.[7]

Der linke und progressive Aufbruch in der Region hatte aber einen wesentlichen „Geburtsfehler": Die Umverteilung durch Einnahmen aus der Rohstoffgewinnung war zwar bei hohen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt möglich, fallende Preise brachten die Länder jedoch schnell in Zahlungsnöte.

1 https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf.

2 Anfang des 19. Jahrhunderts erreichten immer mehr lateinamerikanische Staaten ihre Unabhängigkeit von den jeweiligen Kolonialmächten. In diesem Kontext wollten sich die USA wirtschaftliche und politische Interessen in der Region sichern. 1823 formulierte der damalige Präsident James Monroe eine außenpolitische Leitlinie, die nach seinen Namen bekannt wurde. Darin erklärte er die „westliche Hemisphäre" zur alleinigen Einflusssphäre der USA. Europäische Mächte sollten deshalb von weiteren kolonialen Bestrebungen in der Region absehen. Jegliche Einmischung der europäischen Mächte in die Angelegenheiten der neu entstandenen Staaten würde fortan als Sicherheitsbedrohung der USA angesehen werden.

3 In den letzten Jahrzehnten hatten die USA aufgrund von geostrategischen Interessen ihren Fokus mehr auf den Nahen Osten gelenkt.

4 https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/573183/die-operation-condor/.

5 https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54799/nicaragua/.

6 Der Name entstand in Abgrenzung der „roten" radikaleren kommunistischen Projekte, und hob den demokratischen Charakter dieser politischen Projekte hervor.

7 Im Kontext hoher Rohstoffpreise suchte die lateinamerikanische Linke zu der Zeit die verstaatlichte Ausbeutung von Bodenschätzen wie fossilen Brennstoffen, um Sozialprogramme zu finanzieren.

Misswirtschaft und Korruption (ein Phänomen, das in allen Regierungen von links bis rechts ein gravierendes Problem darstellt) hatten Inflation (sowohl in Argentinien als auch extrem in Venezuela), Preissteigerung im alltäglichen Leben und zunehmende Verarmung zur Folge. Externe Krisen wie die Corona-Pandemie oder die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges waren weitere Faktoren, die in der Bevölkerung zu Verunsicherungen führten – und die ausbleibenden strukturellen Antworten auf all diese Probleme entfremdeten viele weiter von der „traditionellen" Politik.

Eine weitere Krise ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker in den Fokus gerückt: das hohe Niveau an Gewalt, das die Gesellschaften durchzieht [8] sowie die Tatsache, dass sich in den letzten Jahren der politische und mediale Diskurs immer mehr auf Themen wie Sicherheit und organisiertes Verbrechen verlagert hat.

All das verstärkt den Wunsch nach einfachen Lösungen. Dies ist die Stunde der Demagog*innen und Vertreter*innen der autoritären Rechten, die wissen, wie man Ängste schürt und sich zu Nutze macht. Sie versprechen autoritäre Antworten auf soziale, ökonomische und sicherheitspolitische Probleme. Es sind populistische Führungspersönlichkeiten, die sich als „Outsider", die die Politik umkrempeln werden, stilisieren, sie bieten vermeintlich schnelle und einfache Lösungen für komplexe Probleme.

Die Folge davon: ein rechter Backlash in vielen Ländern Lateinamerikas. Seit einigen Jahren sind in der Region, mit einigen kurzzeitigen Ausnahmen, wie etwa in Chile mit Gabriel Boric und Kolumbien mit Gustavo Petro, wieder autoritäre Entwicklungen zu beobachten.[9] Neu daran ist, dass ihre Vertreter*innen durch Wahlen an die Macht kommen und nicht durch Putsche, wie es in der Zeit der Militärdiktaturen der Fall war.

Die Neue Rechte

Eine der Ikonen des autoritären Staatsumbaus ist Nayib Bukele, der seit 2019 Präsident von El Salvador ist. Es folgten die Wahlsiege von Javier Milei in Argentinien, Daniel Noboa in Ecuador, Rodrigo Paz in Bolivien, José Antonio Kast in Chile sowie dieses Jahr Nasry Asfura in Honduras, Abelardo de la Espriella in Kolumbien und jüngst Keiko Fujimori in Peru. In diesem Jahr stehen außerdem noch Wahlen in Brasilien an, bei denen Flavio Bolsonaro, der Sohn des ehemaligen rechten Präsidenten Jair Bolsonaro, gegen den amtierenden Präsidenten und Vertreter der *marea rosa*, Luiz Inácio Lula da Silva, antritt.

Kennzeichnend für die gegenwärtige Entwicklung ist, dass der autoritäre Staatsumbau vielfach innerhalb formal demokratischer Institutionen erfolgt: Die demokratisch gewählten Vertreter*innen nutzen bestehende Institutionen für die schrittweise Aushöhlung von Gewaltenteilung, Menschenrechten, zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen und institutionellen Kontrollmechanismen. Die Neue Rechte ist dabei keineswegs ein homogener Block. Ihre Repräsentant*innen unterscheiden sich ideologisch und hinsichtlich ihrer politischen Projekte erheblich. Gleichwohl gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Die Machthaber*innen der neuen autoritären Welle bedienen einen starken Personenkult, ihre männlichen Vertreter präsentieren sich als hyper-maskuline und „coole Retter" und geben vor, kein Teil der „korrupten Kaste" und gegen die „traditionellen Eliten" zu sein – obwohl diese Fiktion keiner genauen Untersuchung standhält.[10] Sie verfolgen zudem eine libertäre, individualistische und ultrakapitalistische Idee von Freiheit. Sie verknüpfen das politische Instrumentarium der Neuen Rechten – Patriarchalismus, Militarismus, Nationalismus, Neoliberalismus und Extraktivismus – miteinander und heben, je nach Kontext, mal das eine, mal das andere mehr hervor.

Dabei lernen sie voneinander. Der neu angetretene Abelardo de la Espriella in Kolumbien ist ein gutes Beispiel dafür. Er ahmt Bukele in seiner vermeintlichen Gottesfürchtigkeit nach, inszenierte seinen Amtsantritt als religiöses Spektakel, dabei geflissentlich vergessend, dass Kolumbien ein laizistischer Staat ist und macht mit Evangelikalen gemeinsame Sache. Allgemein bedient sich de la Espriella ein wenig bei allen seinen autoritären Vorbildern in der Region: Er ruft wie Milei nach Freiheit, nennt sich selbst „der Tiger" (Milei: „der Löwe"), stellt wie Bukele seine Hypermaskulinität zur Schau und plant wie er den Bau von Megagefängnissen.

Die Neue Rechte bedient sich des politischen Überdrusses der Gesellschaft, mehr „vom immer Gleichen" zu bekommen. Simultan zu dem (vermeintlichen) Bruch mit dem Altbekannten findet eine Hinwendung zu traditionellen und ultra-religiösen Werten sowie einer anti-pluralistischen Einstellung statt. War der konstruierte Feind in den 70er und 80er Jahren noch maßgeblich der Kommunismus, haben sich heute die Feinbilder vervielfältigt: Noch immer gelten Linke und Progressive als Gegner*innen und werden als „Kulturmarxisten" oder „Globalisten" verunglimpft; doch politische Gegenspieler*innen werden nun auch als „Narcoterroristen" diffamiert – und wie im Fall von Nicolás Maduro und seiner Frau Cilia Flores sogar von der US-Regierung entführt und dafür vor Gericht gestellt. Die Neue Rechte ist durch die Ablehnung von Migrant*innen und durch einen starken Anti-Feminismus verbunden, der sich in der Ablehnung von queeren oder reproduktiven Rechten und sexueller Selbstbestimmung und allem, was sie als „woke" diffamiert, zeigt. Sie konstruiert innere und äußere Feinde und verbindet diese Feindbilder mit der Vorstellung eines

8 Lateinamerika gilt als die gewaltvollste Region der Welt. Sie ist besonders stark von dem Agieren von Gruppen der organisierten Kriminalität betroffen. Heutzutage gibt es eine Vielzahl von kriminellen Netzwerken, die sich innerhalb kürzester Zeit bilden, erweitern, fragmentieren und teilweise zersetzen, wodurch es erschwert wird, diesen wirksam entgegenzutreten. Kriminalität ist hier als globale Bedrohung zu verstehen, die sich in den letzten Jahren zunehmend transnational organisiert. Gruppen des organisierten Verbrechens speisen sich teilweise aus einer Leerstelle: da, wo der Staat unzureichend präsent ist bzw. eine Institutionalität fehlt, besetzen kriminelle Netzwerke diese Räume. Siehe: https://www.boell.de/de/2023/08/23/faktische-maechte.

9 Autoritarismus ist kein Etikett, das einem bestimmten politischen Lager zuzurechnen wäre. Auch vormals linke Regierungsprojekte haben sich in den letzten Jahren immer mehr in Richtung Autoritarismus entwickelt und haben sich weit von ihren politischen Wurzeln entfernt. In Venezuela sind vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts – dem großen politischen Projekt von Hugo Chávez – vor allem noch antiimperialistische Floskeln übrig. Nicaragua haben der Präsident Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo zu einer umfassenden Familiendiktatur umgebaut.

10 Zu Argentinien siehe z.B.: https://www.nd-aktuell.de/artikel/1180801.argentinien-das-argentinische-kettensaegenmassaker.html.

drohenden Verlusts traditioneller Werte und der Notwendigkeit eines Kulturkampfes.[11] Die gegenwärtige Tendenz ist die Hinwendung zu den USA und der Ideologie und Inszenierung von Donald Trumps MAGA-Bewegung. In diesem Kontext riefen die USA Anfang des Jahres die Sicherheitsinitiative „Shield of the Americas" ins Leben, der sich insgesamt 18 lateinamerikanische Länder angeschlossen haben, darunter alle rechten autoritären Regierungen der Region. Das Ziel dieser selbsternannten „historischen Allianz" ist es laut einer Pressemitteilung der US-Regierung, „Strategien voranzutreiben, die ausländische Einmischung in unserer Hemisphäre, kriminelle und narcoterroristische Banden und Kartelle sowie illegale und massive Einwanderung zu unterbinden."[12] Dies bedeutet u.a. die Eröffnung neuer US-Militärbasen, gemeinsame militärische Operationen und die (Wieder)Aufnahme militärischer Interventionen in der Region.

Für die Umdeutung von Wirklichkeit und die Legitimation von Grausamkeit durch Spektakel sind soziale Medien, die sich im Besitz einer Handvoll Tech-Milliardäre befinden, und neuerdings auch KI-generierte Inhalte, die optimalen Propagandawerkzeuge. Die Neue Rechte weiß sich dieser Werkzeuge zu bedienen und verbreitet dadurch ihre menschenverachtenden Ideologien. So verfängt ein antifeministischer, rassistischer und antiegalitärer Diskurs bei Menschen nicht nur in Lateinamerika und legitimiert die Hetze auf Andersdenkende, Migrant*innen, queere Personen und marginalisierte Minderheiten.

Viele Vertreter*innen der Neuen Rechten bedienen derzeit die Strategie „flood the zone with shit".[13] Es handelt sich um eine Reizüberflutung, bei der ein Beschluss, ein Dekret, eine Provokation oder ein Angriff nach dem anderen erfolgt, so dass Opposition, Zivilgesellschaft, Medien und Gerichte mit der Verarbeitung nicht mehr hinterherkommen und so die Reaktionsfähigkeit geschwächt wird. Dieser Trend steht im Kontext eines globalen Aufschwungs des rechten Autoritarismus.[14] Gemeinsam sind den unterschiedlichen Bewegungen nicht nur politische Narrative und Feindbilder, sondern auch Strategien der Kommunikation und der transnationalen Vernetzung.[15]

Es ist wichtig, diese Entwicklungen besser zu verstehen, um als Linke wieder handlungsfähig zu werden. In diesem Fachdossier unternehmen wir den Versuch, an ausgewählten Beispielen nachzuvollziehen, wie der autoritäre Umbau vonstattengeht – um einen Anstoß dafür zu geben, welche solidarischen Antworten wir auf die momentanen Entwicklungen finden können.

Der autoritäre Staatsumbau in Argentinien, Peru, Ecuador und El Salvador

In diesem Fachdossier legen wir das Augenmerk auf vier Länder in der Region, in denen seit längerer oder kürzerer Zeit Regierungen an die Macht gekommen sind, die sich einen autoritären Umbau der Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben. In El Salvador hat dieser bereits stattgefunden, in Argentinien und Ecuador ist er in vollem Gange und in Peru bahnt er sich an. Wir haben diese Fälle ausgewählt, weil sie unterschiedliche Facetten und Wege des autoritären Staatsumbaus beleuchten. Dieser kann über die Konzentration exekutiver Macht, die Militarisierung von Sicherheitspolitik, den Abbau sozialstaatlicher Strukturen oder die Schwächung demokratischer Kontrollinstanzen vorangetrieben werden. Einerseits wird deutlich, dass die Neue Rechte alles andere als homogen ist, andererseits werden aber auch ihre Gemeinsamkeiten aufgezeigt.

Frederic Schnatterer analysiert Argentinien unter Milei als ein Versuchslabor für einen autoritären Staatsumbau, bei dem das bürgerlich-demokratische System formal bestehen bleibt. Er zeigt, dass autoritäre Verhältnisse zur Durchsetzung von Mileis ultra-neoliberalem Regierungsprogramm beitragen: Während Sozialausgaben reduziert werden, wird der Repressionsapparat ausgebaut, um Protest gegen unpopuläre wirtschaftliche Maßnahmen zu kriminalisieren. (siehe Text auf S. 23).

Hildegard Willer beschreibt das, was in Peru stattfindet, als eine „Diktatur des Parlaments". Sie untersucht, wie das Parlament eine solche Machtfülle erlangen konnte, warum großflächige Proteste dagegen weitgehend ausbleiben und welches Szenario sich mit der neuen Präsidentin Keiko Fujimori für Peru abzeichnet (siehe Text auf S. 29).

11 Ein Ziel der Neuen Rechten weltweit ist es, nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch Alltag und Kultur Einfluss zu gewinnen. Sie wollen Begriffe und Deutungsmuster gesellschaftlich verankern, so dass rechte Vorstellung zur Selbstverständlichkeit werden und so eine kulturelle Hegemonie erlangen. Das „Project 2025", ein von der rechten Denkfabrik Heritage Foundation entworfener Leitfaden für die US-Regierung, zielt auf einen radikalen Umbau des Staatsapparates und die Ausweitung von Trumps Macht ab. Das Project 2025 wird im Text als „ein Plan, die konservative Bewegung und das amerikanische Volk gegen die Herrschaft der Elite und die „Woke"-Kulturkrieger zu vereinen" beschrieben. Siehe: Mandate for Leadership. The conservative Promise (2025) Project 2025, S. 16: https://static.heritage.org/project2025/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf.

12 Siehe: https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/03/the-united-states-to-host-the-shield-of-the-americas-summit/.

13 Dieser Satz wurde vom ehemaligen US-Chefstrategen und Trump-Berater Steve Bannon geprägt.

14 Die Weichen dafür werden seit einigen Jahren gestellt. Viele haben das Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza als Versuchslabor bezeichnet, in dem ausgetestet wurde, wie weit die Grenzen des Sag- und Machbaren ausdehnbar waren, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Auch hier in Deutschland: Auf Landesebene ist die AfD bereits eine starke politische Kraft, zuletzt gewann sie 2026 in Sachsen-Anhalt die Landtagswahl deutlich und nach aktuellen Umfragen könnte sie 2029 sogar die Bundestagswahl gewinnen. Der Abbau von Sozialprogrammen, wie er derzeit in Deutschland zugunsten einer seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gesehenen Aufrüstung stattfindet, wird die Situation nicht verbessern. Die Versuche, durch die Übernahme rechter Narrative seitens der „Mitte" der Gesellschaft, den extrem rechten Parteien die Wähler*innenschaft streitig zu machen, scheitern kläglich. Sie stärken diese nur und führen zu einem weiteren, gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck.

15 Sie treffen sich in internationalen Foren, wie z.B. der CPAC (Conservative Political Action Conference), die in den USA stattfindet, aber auch Ableger in anderen Ländern in Lateinamerika hat. In Europa treibt u.a. die rechtsextreme spanische Partei VOX seit Jahren die Vernetzung mit autoritären Kräften aus Lateinamerika voran und spricht von der „Iberosphäre", die die Iberische Halbinsel (Spanien und Portugal) mit Lateinamerika kulturell wieder stärker verbinden möchte – und zwar im Geist eines kolonialen Denkens in Bezug auf die gemeinsame Sprache und die christliche Religion. Auch die ehemalige ungarische Regierung gehörte viele Jahre zu den umtriebigsten Netzwerkern. Auf Foren und internationalen Tagungen brachten sie Personen aus dem konservativen bis rechtsextremen Spektrum zusammen, um für ihre Idee der „illiberalen Demokratie" zu werben. Auch hier waren politische Vertreter*innen aus Deutschland, USA und Lateinamerika regelmäßig gesehene Gäste. Für weitere Informationen zur Vernetzung der Neuen Rechten siehe: Research against Global Authoritarianism (ReGa): https://rega-net.org/de.

Frank Braßel spricht von einem „Oligarchen-Regime“ in Ecuador. Er beschreibt, wie Präsident Daniel Noboa das Land unter dem Vorwand der Bekämpfung von Drogenbanden und organisierter Kriminalität schrittweise in einen autoritären, neoliberalen Staat verwandelt, in dem Repression, Militarisierung und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Zudem analysiert er Noboas Verbindungen zu Trump und die verfassungswidrige militärische Kooperation mit den Vereinigten Staaten auf ecuadorianischem Territorium (Siehe Text auf S. 16).

Antonia Rodríguez beschreibt Nayib Bukeles politischen Aufstieg, den „Bukelismus“ und seine Strategien zur Machtfestigung. Bukele zählt zu den populärsten und zugleich umstrittensten Politiker*innen Lateinamerikas. Sein Regime präsentiert sich als Erfolgsgeschichte, hinter der sich jedoch ein diktatorisches Herrschaftsmodell verbirgt: Machtkonzentration, die Schwächung unabhängiger Kontrollinstanzen, eine repressive Sicherheitspolitik und die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume gehen mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen sowie ökologischen und sozialen Folgen einher (Siehe Text auf S. 8).

Die Frage bleibt: Was tun gegen den rasanten Abbau und das Außerkraftsetzen demokratischer und sozialer Errungenschaften in der Region? Auf diese düsteren Aussichten Antworten und Handlungsmöglichkeiten zu finden, ist die Aufgabe linker Akteur*innen vor Ort und weltweit. Leider gibt es kein Allheilmittel gegen den globalen autoritären Trend. Doch einen Vorschlag möchten wir an dieser Stelle schon mal einbringen: Progressive Kräfte können den Rechten das Thema „Sicherheit“ nicht länger überlassen. Das Fehlen einer überzeugenden progressiven Antwort auf die Spannungen zwischen Sicherheit und demokratischer Freiheit spielt den Rechten ganz klar in die Hände.

Auf diesem Feld gibt es auch bereits langjährige Erfahrungen an der Basis, wo Linke und Progressive von den sozialen Prozessen lernen können: Sie reichen von (klassen- und generationenübergreifender) solidarischer Selbstorganisation bis hin zu kollektiven Sicherheitsstrategien für den Selbstschutz. Auch in Sachen transnationaler Vernetzung können Linke noch viel dazu lernen. Exilgemeinschaften, wie jene aus El Salvador oder Nicaragua, sind ein Beispiel für Handlungsfähigkeit, wenn die eigenen Regierungen zu Diktaturen werden und demokratische Partizipationskanäle sich schließen. Breite gesellschaftliche Protestbewegungen, wie sie in Chile 2019-2020 und in Kolumbien 2020-2021 stattgefunden haben und zur Wahl progressiver Regierungen geführt haben, oder auch die gegenwärtigen feministischen und Renter*innenproteste gegen Mileis Politik, zeigen, dass es andere Vorstellungen von Gesellschaft gibt: menschenfreundlich, kollektivistisch und solidarisch.

Bleiben wir also kämpferisch!



Vertreibung durch „Revitalisierungspläne“: Straßenverkäufer*innen unweit des historischen Zentrums von San Salvador. Quelle : Victor Peña.

1. El Salvador: Diktatur im Namen der Sicherheit

Antonia Rodríguez Sánchez

Kurz vor Weihnachten 2025 drängen sich die Menschenmengen durch den historischen Stadtkern von San Salvador, der Hauptstadt von El Salvador. Die „Villa Navideña“, das von der Regierung errichtete Weihnachtsdorf, hat das historische Zentrum in einen riesigen Weihnachtsmarkt verwandelt. Auf der Plaza Gerardo Barrios ragt ein Weihnachtsbaum in den Himmel. Kinder stehen Schlange vor dem „Haus des Grinch“. Kleine Züge fahren über frisch sanierte Plätze.

Wer San Salvador noch vor wenigen Jahren besucht hat, spürt den Unterschied sofort. Lange galt die Hauptstadt als Sinnbild eines Landes, das von brutaler Gewalt geprägt war. Viele Viertel, darunter auch der historische Stadtkern, standen unter der Kontrolle berüchtigter Straßengangs, den sogenannten Maras. El Salvador zählte zu den tödlichsten Ländern der Welt. Heute vermitteln moderne Cafés, Restaurants und bunte Fotospots für Tourist*innen das Bild einer Stadt im Aufbruch, die Gewalt und Armut hinter sich gelassen hat. Architekt dieses Wandels will er sein: Nayib Armando Bukele Ortiz, 2019 zum Präsidenten gewählt, inszeniert er sich als von Gott berufener Retter eines Landes, welches durch ihn einen radikalen Neuanfang gefunden habe. Abseits des Weihnachtsspektakels zeigen sich schnell erste Widersprüche des „neuen El Salvadors“. Auf den umliegenden Baustellen arbeiten Hunderte Gefangene, erkennbar an ihren gelben Hemden und ihren stark bewaffneten Aufpasser*innen. Wenige Straßen weiter verkaufen Menschen an improvisierten Ständen ihre Waren. Hier zeigt sich, dass die Armut lediglich verdrängt wurde. Im Zuge der staatlichen „Revitalisierungspläne“[16] mussten Tausende Straßenverkäufer*innen unter Androhung von Verhaftung das Stadtzentrum verlassen. Auch Orte mit sozialer und kultureller Bedeutung mussten weichen, darunter „El Hoyo“, der erste LGBTIQ-Treffpunkt El Salvadors im historischen Zentrum.[17]

Während die Regierung durch den Einsatz unbezahlter Gefängnisarbeit Innenstädte und Küstenregionen aufwertet und El Salvador als attraktiven Standort für Investor*innen und Tourist*innen vermarktet, zeichnet die soziale Realität ein anderes Bild. Große Teile der Bevölkerung kämpfen mit steigenden Lebenshaltungskosten[18] und zunehmender Verarmung.[19] Gleichzeitig haben die Präsidentenfamilie und hochrangige Regierungsmitglieder ihr Vermögen in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut und bilden heute eine neue wirtschaftliche Elite des Landes.[20]

Auch die politische Macht konzentriert sich zunehmend auf Bukele und sein Umfeld, die einen weitreichenden autoritären Staatsumbau vorangetrieben haben. Seit Anfang 2022 wird das Land unter einem dauerhaft verlängerten Ausnahmezustand regiert, durch den grundlegende rechtsstaatliche Garantien außer Kraft gesetzt werden. Fast 100.000 Menschen wurden seither vielfach völlig willkürlich ohne Haftbefehl und rechtsstaatliches Verfahren inhaftiert. Heute weist El Salvador die höchste Inhaftierungsquote der Welt auf. Internationale Menschenrechtsorganisationen dokumentieren regelmäßig schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen.[21]

16 https://sansalvador.gob.sv/inicio-la-fase-3-del-plan-de-revitalizacion-del-centro-historico/.

17 https://oistmo.com/2026/07/11/la-estetica-autoritaria-en-el-salvador-el-espacio-publico-el-capital-rentista-la-turistificacion/.

18 https://www.telesurtv.net/desempleo-pobreza-elevan-tension-el-salvador/.

19 Der Anteil der Menschen, die unter der nationalen Armutsgrenze leben sowie die extreme Armut sind seit Bukeles Amtsantritt deutlich angestiegen. Zeitgleich wächst die Staatsverschuldung, was zuletzt massenhafte Entlassungen im öffentlichen Dienst nach sich zog. Siehe: The World Bank (2025), Poverty & Equity Brief El Salvador, https://documents1.worldbank.org/curated/en/099445404222512873/pdf/IDU-eaf45e3d-6841-4a1c-8d72-4f130368caf5.pdf.

20 https://english.elpais.com/international/2024-10-14/bukele-clan-fumes-over-investigation-exposing-their-new-wealth.html; https://contracorriente.red/2024/10/08/hermanos-de-bukele-compraron-edificio-por-1-3-millones-en-el-centro-historico-tras-una-ley-que-otorga-exenciones-fiscales/.

21 https://www.amnesty.org/es/documents/amr29/0967/2026/es/.

Dazu zählen Folter, gewaltsames Verschwindenlassen bis hin zu außergerichtlichen Tötungen in staatlichem Gewahrsam, sowie die Kriminalisierung kritischer Stimmen. All dies steht für einen tiefgreifenden Wandel, der in El Salvador seit der Machtübernahme von Nayib Bukele stattgefunden hat: Die Gewalt der Straßengangs ist einer staatlich organisierten, willkürlichen und autoritären Gewalt im Namen der Sicherheit gewichen. Doch trotz dieser Entwicklungen verzeichnet Bukele auch sieben Jahre nach seinem Amtsantritt außergewöhnlich hohe Zustimmungswerte.[22] Um zu verstehen, warum Sicherheit für viele Salvadorianer*innen schwerer zu wiegen scheint als Rechtsstaatlichkeit und demokratische Freiheitsrechte, lohnt sich ein Blick in die jüngere Geschichte El Salvadors.

Vom Scheitern der Hoffnung

Nach einem brutalen Bürgerkrieg (1980–1992), in dem sich die von den USA unterstützte Militärdiktatur und die linke Guerillakoalition FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) gegenüberstanden und der mehr als 75.000 Menschen das Leben kostete, beginnt mit den Friedensverträgen von 1992 El Salvadors formaler Übergang zur Demokratie. Doch ein grundlegender wirtschaftspolitischer Kurswechsel bleibt aus.

Unter den Regierungen der rechten ARENA-Partei (Alianza Republicana Nacionalista), die El Salvador von 1989 bis 2009 regiert, werden Märkte geöffnet, staatliche Unternehmen privatisiert und das Land konsequent einer neoliberalen Wirtschaftsordnung untergeordnet. El Salvador exportiert fortan vor allem billige Arbeitskraft, indirekt über die sogenannten Maquilas, den ausgelagerten Textilproduktionsstätten für internationale Konzerne, und direkt durch die Migration hunderttausender Salvadorianer*innen in die USA, wo sie in den am schlechtesten bezahlten Bereichen der Wirtschaft arbeiten.[23]

Remesas für El Salvador

In den USA leben heute mehr als drei Millionen Menschen mit salvadorianischen Wurzeln, was in etwa die Hälfte der Bevölkerung El Salvadors entspricht.[24] Rücküberweisungen (*remesas*) machen heute mehr als ein Viertel der salvadorianischen Wirtschaftsleistung aus und halten das Land am Laufen.[25]

Als die globale Finanzkrise 2008 soziale Unsicherheit und Frustration verschärft, gelangt mit der ehemaligen Guerilla-Formation FMLN erstmals eine linke Regierung an die Macht. Hinter ihr steht eine Generation, die den Bürgerkrieg überlebt und die Friedensverträge mit erkämpft hat. Für sie bedeutet der Wahlsieg mehr als ein Erfolg an der Urne. Er scheint die Hoffnung einzulösen, dass die sozialen Forderungen, für die so viele Menschen ihr Leben riskiert hatten, nun endlich auf demokratischem Weg verwirklicht werden können. Es ist zudem der salvadorianische Moment der *marea rosa*.[26]

Die FMLN führt unter anderem eine kostenlose öffentliche Gesundheitsversorgung ein, erweitert den Zugang zu Bildung und stärkt soziale Rechte.[27] Gleichzeitig bleiben die politischen Spielräume der FMLN begrenzt. Zentrale Reformen scheitern wiederholt am Widerstand der alten Oligarchie und einer von den USA unterstützten konservativen Opposition.[28] Hinzu kommt eine schwere Sicherheitskrise, deren Ursachen in die Bürgerkriegszeit zurückreichen. Die heutigen Straßengangs entstanden vor allem in den migrantisch geprägten Communities und Gefängnissen Südkaliforniens, denen sich salvadorianische Bürgerkriegsgeflüchtete anschlossen. Durch massenhafte Abschiebungen aus den USA werden diese Gewaltstrukturen ab den 1990er Jahren nach El Salvador exportiert.[29] In den folgenden Jahrzehnten entwickeln sich die Mara Salvatrucha (MS-13) und Barrio 18 dort zu mächtigen Akteuren[30], deren Gewalt und Kontrolle fortan den Alltag prägen.

Um die Gewalt einzudämmen, setzt die erste FMLN-Regierung auf einen von der katholischen Kirche vermittelten Waffenstillstand zwischen den Straßengangs. Ziel sind neben einer niedrigeren Mordrate die langfristige Demobilisierung und Reintegration von Bandenmitgliedern.[31] Nach heftiger politischer Kontroverse greift die FMLN jedoch auf die Politik der „harten Hand“ (*mano dura*) zurück, die bereits unter ARENA die Maras weiter professionalisiert und radikalisiert hatte.[32] 2015 eskaliert der Konflikt und es entsteht der Eindruck, der Staat habe die Kontrolle über das Land verloren. Gleichzeitig verschärfen sich die Probleme der FMLN. Mit dem Ende des Rohstoffbooms verliert die progressive Welle in Lateinamerika an Kraft, regionale Bündnisse schwinden und die Partei entfremdet sich zunehmend von ihrer sozialen Basis.[33] Einen schweren Rückschlag bringt 2016 das Korruptionsverfahren gegen Ex-Präsident Mauricio Funes, der daraufhin nach Nicaragua flieht.[34]

22 Instituto Universitario de Opinión Pública (2026): La población salvadoreña opina sobre el año 2025, UCA, S. 8, https://uca.edu.sv/iudop/wp-content/uploads/2026/01/Boletin-Sitio-Web-R1.pdf.

23 Chris Van der Borgh (2000): The politics of neoliberalism in Postwar El Salvador. International Journal of Political Economy, 30(1), S. 36-54.

24 https://www.migrationpolicy.org/programs/data-hub/charts/top-diaspora-groups-united-states-2023.

25 https://www.vozdeamerica.com/a/estos-paises-de-centroamerica-perciben-mas-del-20-por-ciento-pib/7067558.html.

26 Goodfriend, Hilary (2019): The Limits of Change: El Salvador's FMLN in Power, in: Latin America's Pink Tide, 295ff.

27 Kristina Pirker (2014): El FMLN, el movimiento popular y la "marcha por las instituciones", in El Salvador y Costa Rica: miradas sobre el orden político, S. 139-148.

28 Sonja Wolf (2009): Subverting democracy: elite rule and the limits to political participation in post-war El Salvador. Journal of Latin American Studies, 41(3), S. 429-465.

29 Maria Micaela Sviatschi (2022): Spreading Gangs: Exporting US Criminal Capital to El Salvador. American Economic Review 112 (6). S. 1985–2024.

30 https://insightcrime.org/es/investigaciones/depradores-aliados-pandillas-san-salvador/.

31 https://www.reuters.com/article/world/us/iglesia-destaca-baja-homicidios-por-tregua-pandillas-el-salvador-idUSSIE85G00K/.

32 https://insightcrime.org/investigations/how-mano-dura-is-strengthening-gangs/.

33 Hannes Warnecke-Berger (2026): El Salvador unter Bukele: Ein autoritärer Frieden?" Die politische Rechte in Lateinamerika, S. 186.

34 https://mauricio-funes.elfaro.net/las-pruebas-de-como-funes-derrocho-dinero-publico.



Massaker im Departement San Vicente in 2015 in einer der gewaltvollsten Zeiten in El Salvador. Quelle: Victor Peña

Rechtsruck und Entpolitisierung in der salvadorianischen Gesellschaft

Zwischen 2009 und 2022 sank der Anteil derjenigen, die sich politisch links verorten, von 32 auf 4,4 Prozent, während sich über zwei Drittel der Bevölkerung als „neutral" bezeichnen.[35] Neben der Enttäuschung über die unzureichenden Antworten der Nachkriegsregierungen auf Armut und Gewalt dürfte hierzu auch der demografische Wandel beigetragen haben. El Salvador verfügt über eine junge Bevölkerung. Jede fünfte Person ist zwischen 15 und 24 Jahre alt und hat die Militärdiktatur, den Bürgerkrieg und den Demokratisierungsprozess nicht selbst erlebt. Die autoritäre Entwicklung El Salvadors wird von einer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz autoritärer Regierungsformen begünstigt. Laut Latinobarómetro 2023 gaben 63 Prozent der Befragten an, dass sie auch eine nichtdemokratische Regierung akzeptieren, sofern diese die Probleme des Landes löst.[36]

Der Außenseiter, der keiner war

In die politische Lücke, die der Vertrauensverlust der etablierten Parteien hinterlässt, tritt Nayib Bukele, der Links und Rechts gleichermaßen für gescheitert und die traditionellen Parteien für korrupt erklärt. Er inszeniert sich als politischer Außenseiter und volksnaher Reformer. Tatsächlich beginnt seine politische Laufbahn jedoch keineswegs außerhalb der gesellschaftlichen und politischen Eliten. Nayib Bukele wird 1981 als Sohn einer wohlhabenden Familie in San Salvador geboren. Sein Vater Armando Bukele Kattán, ein angesehener Unternehmer, Intellektueller und Naturwissenschaftler sowie Mitbegründer der muslimischen Gemeinschaft El Salvadors,[37] unterhält enge Beziehungen zur FMLN. Über die familieneigene Werbeagentur findet Bukele nach einem abgebrochenen Jurastudium und einem kurzen Ausflug als Betreiber einer Diskothek schließlich den Weg in die Partei. Dort entwickelt er früh ein Gespür für politische Kommunikation.[38]

2011 wird Nayib Bukele für die FMLN zum Bürgermeister von der Gemeinde Nuevo Cuscatlán gewählt. Bereits zu Beginn seiner politischen Laufbahn versteht er es, die Mechanismen populistischer Kommunikationsstrategien gezielt für sich zu nutzen. So setzt er im Wahlkampf konsequent auf soziale Medien und den Aufbau einer persönlichen Marke. Statt der roten Farben der FMLN dominiert ein helles Cyanblau. Plakate und Kampagnen tragen ein großes „N", offiziell für Nuevo Cuscatlán, aber in Wirklichkeit natürlich vor allem für „Nayib". In den Medien inszeniert er die relativ wohlhabende Gemeinde als vernachlässigten Ort, der erst durch ihn aus seiner Rückständigkeit befreit wird.[39] Die Strategie geht auf und begründet das Narrativ, das seine weitere Karriere prägen wird: der junge, pragmatische Problemlöser als Gegenentwurf zur Korruption und dem Stillstand der traditionellen Parteien. In dieser Zeit werden seine Brüder Karim, Ibrajim und Yusef zu wichtigen Strategen im Hintergrund. Das Projekt Bukele ist somit von Beginn an eng mit der Familie verknüpft. Mit der Zeit besetzen auch ehemalige Schulfreund*innen und langjährige Weggefährt*innen zentrale Positionen im Staatsapparat. Heute kontrolliert der sogenannte Bukele-Clan die zentralen politischen Entscheidungsprozesse des Landes.[40]

Nach seinem knappen Sieg bei der Bürgermeisterwahl in San Salvador 2015 wird das Rathaus zum Ausgangspunkt seiner späteren Präsidentschaftskampagne. Kaum ein kommunales Projekt ist fortan zu klein, um nicht als mediales Großereignis inszeniert zu werden.[41] Je populärer Nayib Bukele als Bürgermeister wird, desto stärker gerät er mit der FMLN aneinander.[42] Als deutlich wird, dass die Partei ihn nicht als Präsidentschaftskandidaten nominieren wird, eskaliert der Streit. 2017 schließt ihn die Ethikkommission nach einem sexistischen Übergriff auf eine Stadträtin aus der Partei aus.[43] Nach seinem Ausschluss kündigt Bukele an, 2019 mit seiner eigenen Partei Nuevas Ideas („Neue Ideen") für das Präsidentschaftsamt zu kandidieren. Als deren Registrierung nicht rechtzeitig gelingt, tritt er für die kleine rechte Partei GANA an und gewinnt die Wahl.

35 https://www.laprensagrafica.com/lpgdatos/LPG-Datos—Nuevas-Ideas-conservan-simpatia-mayoritaria-20221214-0092.html.
36 Corporación Latinobarómetro (2023): Informe 2023. La recesión democrática de América Latina, https://www.latinobarometro.org/lat.jsp.
37 https://revistaelementos.net/politica/como-los-bukele-se-hicieron-millonarios/.
38 https://revistaelementos.net/politica/nayib-un-pastor-evangelico-y-una-historia-de-traiciones/.
39 https://www.youtube.com/watch?v=_X0c1KHQkOs.
40 https://elfaro.net/es/202006/el_salvador/24512/el-clan-bukele-que-gobierna-con-nayib.htm.
41 https://revistaelementos.net/politica/retratos-politicos/bukele-saqueo-la-alcaldia-para-pagar-sus-caprichos-personales-y-electorales/.
42 https://revistaelementos.net/politica/retratos-politicos/fmln-conocia-el-comportamiento-tiranico-de-bukele-pero-por-conveniencia-lo-disimulo/.
43 https://www.france24.com/es/20171012-la-fiscalia-acusara-al-alcalde-de-san-salvador-por-violencia-contra-una-mujer.



Der 37-jährige Nayib Bukele am Tag der Präsidentschaftswahl am 3. Februar 2019
Quelle: Victor Peña



Richter demonstrieren im September 2022 gegen die Reform des Richterkarrieregesetzes. 2021 beschloss das Parlament die Zwangspensionierung von Richter*innen über 60 Jahre oder nach 30 Dienstjahren – ein Schritt der Regierung, um die Judikative vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. Quelle: Victor Peña



Im Izalco-Gefängnis sind vorwiegend Menschen inhaftiert, die während des Ausnahmezustands verhaftet wurden. Ihre Familienangehörigen sind auf dem Weg dorthin, um ihnen Essenspakete zu bringen. Quelle: Victor Peña

Autoritärer Staatsumbau unter Bukele

Erst nach seinem Amtsantritt im Februar 2019 rückt Bukele die Sicherheitspolitik ins Zentrum seiner Präsidentschaft. Wie weit er dabei zu gehen bereit ist, zeigt sich erstmals am 9. Februar 2020: Bewaffnete Soldaten besetzen das Parlament, während Bukele im Plenarsaal die Abgeordneten zur Zustimmung zu einem Kredit für seine Sicherheitsstrategie drängt.[44] Der sogenannte *Bukelazo* markiert den Beginn seiner autoritären Regierungsführung.

Wenige Wochen später wird die COVID-19-Pandemie zum ersten Test für Bukeles späteres Ausnahme-Regime. Unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes verhängt die Regierung weitreichende Notstandsmaßnahmen, stärkt die Rolle der Streitkräfte in der inneren Sicherheit und richtet die staatlichen Sicherheitsausgaben zunehmend auf Militär und Repression aus.[45] Die Verfassungsrichter*innen stellen sich Bukeles Kurs zunächst entgegen. Nach den Parlamentswahlen 2021 folgt seine Antwort: Mit einer neuen Zweidrittelmehrheit lässt Bukele noch am ersten Sitzungstag sämtliche Richter*innen des Verfassungsgerichts sowie den Generalstaatsanwalt absetzen und durch loyale Gefolgsleute ersetzen.[46] Es folgt ein umfassender Umbau der Justiz, der die unabhängige Kontrolle der Exekutive weitgehend ausschaltet.[47]

Nach der Pandemie erwarten viele Salvadorianer*innen Antworten auf die wirtschaftliche Krise. Stattdessen erklärt Bukele überraschend die Kryptowährung Bitcoin zum gesetzlichen Zahlungsmittel. International als visionäres Modernisierungsprojekt gefeiert, stößt die Kryptowährung im Land überwiegend auf Ablehnung.[48] Kritiker*innen sehen darin ein intransparentes Prestigeprojekt, das von wirtschaftlichen Problemen und autoritären Tendenzen ablenkt und Geldwäsche sowie illegale Finanzstrukturen begünstigt.[49]

Außenpolitisch sucht Bukele früh die Nähe zur politischen Rechten und konservativen Netzwerken in den USA und Lateinamerika. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang sein Kurswechsel in gesellschaftspolitischen Fragen. Während er sich zu Beginn seiner politischen Karriere in der FMLN etwa noch ausdrücklich für die Rechte von LGBTIQ+-Personen aussprach und beteuerte er wolle diesbezüglich „auf der richtigen Seite der Geschichte“ stehen,[50] verfolgt seine Regierung inzwischen einen konservativ-patriarchalen Kurs. Geschlechter- und Diversitätsthemen werden von der Agenda des Bildungswesens gestrichen, Anlaufstellen geschlossen und Antidiskriminierungsinitiativen gestoppt.[51] Der Wandel verdeutlicht Bukeles politischen Opportunismus.

Im März 2022 erschüttert eine brutale Gewaltwelle das Land. Innerhalb eines Wochenendes werden 87 Menschen ermordet. Nach investigativen Recherchen steht die Eskalation im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch eines geheimen

44 https://www.youtube.com/watch?v=0ors16_X3Lw.
45 Amnesty International (2023): Behind the evil of popularity: Repression and regression of human rights in El Salvador, S. 14.
46 https://focostv.com/jueces-a-la-medida-la-farsa-de-la-depuracion-de-bukele/.
47 https://www.oas.org/es/cidh/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2021/234.asp.
48 https://jacobin.com/2021/09/el-salvador-bitcoin-law-nayib-bukele-authoritarianism.
49 Tobias Boos (2024): Bitcoin, techno-utopianism and populism: Unveiling Bukele's crypto-populism in El Salvador's adoption of Bitcoin, Economy and Society, 53:4, S. 508.
50 https://www.facebook.com/share/v/1dKkccEQRx/.
51 https://www.youtube.com/watch?v=LzUNOEMskKs&t=11s.



Vorgeschmack auf das Ausnahmeregime: Die Straßen San Salvadors wurden im Rahmen der Covid-19-Pandemie militarisiert. Quelle: Victor Peña

Pakts zwischen der Bukele-Regierung und führenden Bandenmitgliedern.[52] Demnach unterstützte die MS-13 bei den Parlamentswahlen 2021 die Kandidat*innen von Nuevas Ideas. Im Gegenzug sollen Führungspersonen der Maras Haftprivilegien und direkte Zahlungen aus zweckentfremdeten USAID-Hilfsgeldern erhalten haben.[53] Als die Regierung die Vereinbarungen bricht, eskaliert die Gewalt.[54] Bukeles Antwort ist der Ausnahmezustand. Als befristete Reaktion angekündigt, entwickelt er sich zum zentralen Herrschaftsinstrument und wird seit März 2022 monatlich verlängert.

Ausnahmezustand als autoritäres Herrschaftsinstrument

Mit dem Ausnahmezustand setzt die Regierung zentrale rechtsstaatliche Garantien dauerhaft außer Kraft. Festnahmen sind ohne Haftbefehl oder konkreten Tatverdacht möglich. Betroffene verbringen oft Jahre ohne Anklage, Rechtsbeistand oder Kontakt zu Familie und Anwält*innen in Untersuchungshaft und werden anschließend in Massenverfahren zu teils lebenslangen Haftstrafen verurteilt.[55] Als Grundlage für Inhaftierungen genügen unbestätigte Geheimdienstinformationen, anonyme Anzeigen, Tätowierungen oder die Herkunft aus einem ehemals von den Maras kontrollierten Wohngebiet.

Besonders betroffen sind junge Frauen und Männer aus einkommensschwachen Verhältnissen. Interne Polizeidokumente belegen, dass Einsatzkräfte besonders zu Beginn des Ausnahmezustands unter Druck standen, tägliche Verhaftungsquoten zu erfüllen.[56] Willkürliche Massenverhaftungen tragen zugleich dazu bei, den dauerhaft verlängerten Ausnahmezustand zu legitimieren. Auch erneute Inhaftierungen nach vorheriger Freilassung folgen einem vielfach dokumentierten Muster, um das Bild einer fortbestehenden Bedrohung durch die Gangs aufrechterhalten. Auf diese Weise gelangten Tausende Unschuldige ins Gefängnissystem. Viele sind bis heute inhaftiert oder gelten als verschwunden. Schätzungen zufolge liegt der Anteil der zu Unrecht Inhaftierten zwischen einem Viertel und zwei Dritteln aller Festgenommenen. Einige Expert*innen gehen sogar von bis zu 80 Prozent aus.[57] Die Ungewissheit über den Verbleib der Festgenommenen und das Fehlen rechtsstaatlicher Verfahren prägen seither den Alltag tausender salvadorianischer Familien.

Verschwunden im Ausnahmezustand

Einer der zu Unrecht Inhaftierten ist der heute 25-jährige William, der selbst mehrere Angehörige durch die Gewalt der Gangs verlor. Nach einem schweren Motorradunfall Anfang 2022 und wochenlangem Koma, erleidet er bleibende Hirnschäden. Als Soldaten wenige Wochen nach Einführung des Ausnahmezustands sein Elternhaus durchsuchen, ist er noch bettlägerig und auf Medikamente angewiesen. Dennoch wird er gemeinsam mit seinem Vater und sechs weiteren Gemeindemitgliedern ohne Angabe von Gründen festgenommen. William und sein Vater kommen nach einem Monat frei. Doch wenige Monate später wird William erneut festgenommen. Seither fehlt von ihm jede Spur. Der Fall von William zeigt exemplarisch, wie im Ausnahmezustand insbesondere junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen unter Generalverdacht gestellt werden. Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit hat das Schicksal von William und seiner Familie in der Audioreportage „Verschwunden im Ausnahmezustand“ dokumentiert.

Im Zentrum internationaler Aufmerksamkeit steht insbesondere das Hochsicherheitsgefängnis Centro de Confinamiento del Terrorismo (CECOT), das die Regierung gezielt als Schaufenster ihres Sicherheitsmodells inszeniert. Influencer*innen und YouTuber*innen erhalten regelmäßig Zugang und verbreiten Bilder dicht gedrängter, kahlgeschorener und gefesselter Männer, die zum Symbol von Bukeles Sicherheitspolitik geworden sind. Was nicht gezeigt wird: Während das CECOT nur etwa zur Hälfte ausgelastet ist,[58] sind die übrigen 22 Haftanstalten, in denen der Großteil der Inhaftierten festgehalten wird, um bis zu 600 Prozent überbelegt.[59] Der Mangel an Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung und die allgemein katastrophalen Haftbedingungen führen zu zahlreichen Todesfällen in staatlichem Gewahrsam.[60]

Dass gravierende Menschenrechtsverletzungen politisch in Kauf genommen werden, verdeutlicht die Aussage des Vi-

52 https://beta.elfaro.net/las-confesiones-de-charli-entrevista-con-un-lider-pandillero-que-pacto-con-el-gobierno-de-bukele.
53 https://www.propublica.org/article/bukele-trump-el-salvador-ms13-pandilla-vulcan-corrupcion-investigacion.
54 https://revistaelementos.net/politica/corrupcion/gobierno-pago-a-pandillas-por-reduccion-de-homicidios-y-apoyo-a-nuevas-ideas/.
55 https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-26-07-15-Pressemeldung.pdf.
56 https://www.hrw.org/news/2025/06/27/el-salvador-police-officers-speak-out-about-abuses.
57 https://cristosal.org/ES/el-silencio-no-es-opcion-informe-completo/.
58 https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Trasladan-2000-privados-de-libertad-al-CECOT-el-megapenal-de-El-Salvador-que-ya-llego-a-la-cifra-de-14532-reclusos-20240611-0083.html.
59 https://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/2024/informe_estadoexcepcionddhh_elsalvador.pdf.
60 Amnesty International (2026): El Salvador: „Seguridad” sin derechos: El impacto de las detenciones arbitrarias masivas y la negación del debido proceso en la posible comisión de crímenes de lesa humanidad en El Salvador, S. 7.



Spektakel der Grausamkeit. Inhaftierte Bandenmitglieder der MS-13 im Gefängnis von Zacatecoluca. Quelle: Victor Peña

zepräsidenten Félix Ulloa, der Todesfälle und die Verhaftung Unschuldiger mit den Worten „In jedem Krieg gibt es Kollateralschäden“ relativierte.[61] Hier zeigt sich eines der zentralen Paradoxe des Bukele-Modells: Die extreme Gewalt der Maras dient als Rechtfertigung für eine Sicherheitspolitik, die selbst auf Entmenschlichung und willkürlicher Gewalt beruht. Diese Logik macht dabei selbst vor den schutzbedürftigsten Mitgliedern der Gesellschaft nicht halt. Im Zuge von Razzien wurden Tausende Minderjährige festgenommen. Menschenrechtsorganisationen dokumentierten zudem den Tod mehrerer Babys, die in Haft geboren wurden oder dort mit ihren Müttern lebten.[62] 2025 stuften mehrere Organisationen Bukeles Sicherheitspolitik vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein.[63]

Todesfälle in Haft

Seit Beginn des Ausnahmezustands wurde der Tod von knapp 550 Inhaftierten dokumentiert.[64] In mehr als 40 Prozent der untersuchten Fälle wurden Folter und Misshandlungen als Todesursache festgestellt. 94 Prozent der Todesopfer wiesen keine Verbindung zu den Maras auf. Zugleich geht man von einer erheblichen Dunkelziffer aus. Mehrere Massengräber nahe Haftzentren erhärten zudem den Verdacht systematischer unterlassender Hilfeleistung und außergerichtlicher Tötungen.[65]

Der „coolste Diktator“? Die Inszenierung autoritärer Herrschaft

Trotz der anhaltenden Kritik am Ausnahmeregime bleibt Bukeles politische Stellung weitgehend unangefochten. Im Gegenteil: Nachdem die neu besetzte Verfassungskammer 2021 das Verbot der unmittelbaren Wiederwahl aufgehoben hatte, wurde er am 4. Februar 2024 mit 84,7 Prozent der Stimmen wiedergewählt.[66] Allerdings beteiligte sich nur etwa die Hälfte der Wahlberechtigten. Zudem wurde die Wahl aufgrund von Unregelmäßigkeiten, Betrugsvorwürfen sowie einer zugunsten Bukeles geänderten Wahlgesetzgebung infrage gestellt.[67] Besonders folgenreich war die Parlamentswahl. Wahlbeobachtungsmissionen zufolge erhielt die Regierungspartei rund 60 Prozent der Stimmen – deutlich weniger als die offiziell verkündeten 96 Prozent. Dennoch wurde die Opposition durch das umstrittene Ergebnis nahezu vollständig aus dem Parlament gedrängt.[68] Seither werden Gesetze und selbst Verfassungsänderungen im Eilverfahren verabschiedet. Ende 2024 hob die Regierungsmehrheit trotz breiten gesellschaftlichen Widerstands das seit 2017 geltende Bergbauverbot auf. Führende Gegner*innen des Metallbergbaus wurden verhaftet.[69]

Heute scheint Bukele kaum noch bemüht, sein internationales Image als demokratischer Staatschef aufrechtzuerhalten. Bereits 2021 reagierte er auf Kritik an seinem autoritären Kurs, indem er seine Biografie auf X in „der coolste Diktator der Welt“ („el dictador más cool del mundo“) änderte. In seiner Rede zum ersten Jahrestag seiner zweiten Amtszeit am 1. Juni 2025 erklärte er, es sei ihm gleichgültig, wenn man ihn einen Diktator nenne. Seine Anhänger*innen, Abgeordneten und Kabinettsmitglieder quittierten die Aussage mit lautem Beifall.

61 https://diario.elmundo.sv/politica/ulloa-siempre-en-una-guerra-habra-danos-colaterales.
62 https://www.dw.com/es/denuncian-muerte-de-beb%C3%A9s-en-las-c%C3%A1rceles-de-el-salvador/a-69623190.
63 https://www.oas.org/es/CIDH/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2026/066.asp.
64 https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/cifra-de-reos-fallecidos-en-regimen-de-excepcion-llego-a-los-547-segun-socorro-juridico-humanitario-20260717-0036.html.
65 https://beta.elfaro.net/titulares/el-regimen-de-bukele-ha-enterrado-en-secreto-a-reos-sin-condena-en-fosas-comunes.
66 https://www.dw.com/es/tribunal-electoral-de-el-salvador-ratifica-victoria-de-bukele/a-68290640
67 https://amerika21.de/2024/02/268297/parlament-el-salvador-ohne-linke.
68 https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/ Observadores-cuestionan-cambios-hechos-por-el-TSE-y-declaraciones-de-Bukele-sobre-gane-con-58-diputados-20240206-0034.html.
69 https://gatoencerrado.news/2026/06/17/mineria-y-persecucion-politica/.

Ein wesentlicher Faktor für Bukeles anhaltende Popularität ist seine professionelle Inszenierung in den sozialen Medien. Aufwendig produzierte Videos, insbesondere über spektakuläre Polizeieinsätze, erzielen millionenfache Aufrufe und prägen international das Bild El Salvadors als Land der wiederhergestellten Sicherheit. Gleichzeitig nutzt Bukele die Plattformen für gezielte Provokationen und lässt Internet-Trolls für digitale Diffamierungskampagnen gegen Kritiker*innen bezahlen.[70]

Ein weiteres Element von Bukeles Selbstinszenierung ist die religiöse Legitimation seiner Herrschaft. Wiederholt erklärt er, Gott habe ihn bei politischen Entscheidungen geleitet und den Erfolg seiner Sicherheitspolitik ermöglicht. Damit knüpft er an den tief verwurzelten katholischen Glauben großer Teile der salvadorianischen Bevölkerung an und verleiht seinem politischen Handeln eine übergeordnete moralische Legitimation.[71] Auch die enge Beziehung zum autokratischen US-Präsidenten Donald Trump stärkt Bukeles internationale Position erheblich. Beide Politiker unterstützen sich gegenseitig in einer harten und kriminalisierenden Sicherheitspolitik, die insbesondere Migrant*innen trifft. So wurden im März 2025 gegen Zahlung von 4,7 Millionen US-Dollar 238 venezolanische Staatsangehörige sowie Dutzende Salvadorianer*innen aus den USA nach El Salvador abgeschoben und ohne Anklage im CECOT inhaftiert. Zudem stellt El Salvador den USA Militärflugplätze zur Verfügung, von denen aus seit Oktober 2025 Luftangriffe in der Region durchgeführt werden.[72]

Das System Bukele in der Krise - Repression als Reaktion

Je weiter Bukele sein autoritäres Entwicklungsmodell vorantreibt, desto deutlicher treten dessen langfristigen sozialen, ökonomischen und ökologische Folgekosten zutage. Unter dem Leitbild von Modernisierung und Entwicklung setzt die Regierung großflächige Infrastruktur- und Tourismusprojekte um, die Ökosysteme zerstören und ländliche sowie indigene Gemeinschaften verdrängen.[73] Gleichzeitig verschärfen steigende Lebenshaltungskosten, Armut, hohe Staatsverschuldung und sinkende Auslandsinvestitionen die Wirtschaftskrise, während Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen besonders ärmere Bevölkerungsschichten treffen. Für einen Großteil der Bevölkerung gilt die wirtschaftliche Lage inzwischen als größtes Problem.[74] 43 Prozent beklagen die Korruption im Staatsapparat.[75] Mit den wachsenden gesellschaftlichen Spannungen nimmt auch die Repression gegen kritische Stimmen zu. Unabhängige Medien werden durch Überwachung, Diffamierung und Ermittlungen unter Druck gesetzt, der Zugang zu staatlichen Informationen stark eingeschränkt.[76] Das Gesetz über „ausländische Agenten“ von 2025 zwang zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, ihre Arbeit einzuschränken oder einzustellen.



Junge Fans von Bukele bei einem Besuch von ihm in der Universidad de El Salvador. Quelle: Victor Peña



Militarisierung und Repression: Durchsuchung von Bewohner*innen des Distrito Italia, in Tonacatepeque, San Salvador. Quelle: Victor Peña



Unter dem Hashtag #SeñalesDeVida („Lebenszeichen“) werden heimlich aufgenommene Fotos von Inhaftierten in Krankenhäusern oder bei Zwangsarbeit auf Baustellen in Facebook-Gruppen veröffentlicht, um ihren Angehörigen einen Lebensnachweis zu ermöglichen. Quelle: Facebook MOVIR

70 https://www.reuters.com/investigates/special-report/el-salvador-politics-media/.
71 Edgar Baltazar Landeros (2025). S. 90.
72 https://jacobin.com/2026/01/el-salvador-us-bukele-trump-authoritarianism.
73 https://www.diariocolatino.com/milpa-denuncia-ecocidio-etnocidio-ante-comunidad-internacional/.
74 https://www.expedientepublico.org/pese-al-exito-en-seguridad-la-economia-es-la-deuda-de-bukele-en-el-salvador/.
75 https://uca.edu.sv/iudop/wp-content/uploads/2026/01/Boletin-Sitio-Web-R1.pdf.
76 Grupo Internacional de Expertos y Expertas de la Sociedad Civil (GIPES) (2024): El Salvador en la encrucijada: crímenes de lesa humanidad bajo la política de seguridad pública. Fundación para el Debido Proceso, S. 33f.

Damit verschwinden wichtige soziale und menschenrechtliche Angebote und Räume für politische Organisation und Kritik.

Wie weit die Repression inzwischen reicht, zeigt der Fall der Menschenrechtsanwältin Ruth Eleonora López. Über Jahre dokumentierte sie Korruption und Menschenrechtsverletzungen im Bukele-Regime und wurde dafür international ausgezeichnet. Im Mai 2025 wurde sie festgenommen und ist bis heute inhaftiert. Dies gilt als Signal der Regierung, dass selbst international bekannte Kritiker*innen nicht vor Verfolgung geschützt sind. Zahlreiche Menschenrechts- und Umweltverteidiger*innen sowie Journalist*innen sind inzwischen ins Exil geflüchtet.[77] Die Repressionen schafft zunehmend ein Klima der Angst und Selbstzensur.[78] Anfang 2024 gaben in einer Umfrage rund zwei Drittel der Befragten an, ihre politischen Ansichten aus Angst vor Konsequenzen nicht öffentlich zu äußern.[79]

Welche Folgen Kritik innerhalb des Bukele-Kreises haben kann, zeigt der Fall seines ehemaligen Sicherheitsberaters Alejandro Muyshondt. Nachdem er einen Regierungsabgeordneten mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht hatte, wurde er 2023 festgenommen und monatelang isoliert. Im Februar 2024 starb er in staatlichem Gewahrsam. Hämatome sowie „Perforationen“ und „tiefe Löcher“ am Kopf nährten den Verdacht, dass er gezielt zum Schweigen gebracht wurde.[80]

Gleichzeitig formiert sich gesellschaftlicher Widerstand. Im zivilgesellschaftlichen Bündnis Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular haben sich seit 2020 über 30 soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen zusammengeschlossen. In der zivilgesellschaftlichen Bewegung Movimiento de Víctimas del Régimen (MOVIR), organisieren sich Tausende Angehörige unschuldig Inhaftierter, und die Umweltbewegung mobilisiert gegen Bergbau, Umweltzerstörung und Landvertreibung. Angesichts der stark geschwächten politischen Opposition und eines gleichgeschalteten Machtapparats, stellen diese Initiativen neben dem wachsenden Widerstand aus dem Exil und der Diaspora die wichtigsten Gegenkräfte zum autoritären Bukele-Regime dar.

Angesichts zunehmender Repression haben insbesondere ländliche Gemeinden und Frauenkollektive ihre Strategien verändert: Neben offenem Protest setzen sie verstärkt auf langfristige Arbeit vor Ort und den Aufbau neuer lokaler Initiativen (wie beispielsweise RACDES, die Red de Ambientalistas Comunitarios El Salvador). So entwickeln sie gemeinschaftliche Ansätze zum Schutz von Wasser, Wäldern und Biodiversität sowie zur Stärkung der lokalen Ernährungssouveränität. Gemeinsam mit einer neuen Generation junger Aktivist*innen entstehen so von unten Perspektiven, in denen der Schutz des Territoriums zugleich zu einer Form politischen Widerstands und zu einem Kampf um Würde, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung wird.

Fazit

Längst erfüllt der *Bukelismo* alle zentralen Merkmale eines autoritären Herrschaftssystems. Er hat ein von einer dominanten Regierungspartei geprägtes politisches System etabliert, die Gewaltenteilung und demokratischen Kontrollmechanismen weitgehend beseitigt und die Bevölkerung gegen einen gemeinsamen Feind mobilisiert. Durch die diesjährige Verfassungsänderung zur unbegrenzten Wiederwahl wurden alle Voraussetzungen für eine Langzeitdiktatur geschaffen. Die weiterhin hohe Zustimmung steht dieser Entwicklung nicht entgegen. Sie liefert vielmehr eine Erklärung dafür, warum der autoritäre Staatsumbau von großen Teilen der internationalen Gemeinschaft bis heute weitgehend hingenommen wird. Zugleich dürfte Bukeles Popularität angesichts des wachsenden Klimas von Angst zumindest teilweise verzerrt sein.[81]

Das Beispiel El Salvador zeigt, dass autoritäre Herrschaft nicht zwangsläufig gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit entsteht. Unter dem Versprechen von Sicherheit, Effizienz und Modernisierung kann sie sich mittels Wahlen schrittweise etablieren, bis demokratische Institutionen ausgehöhlt und Gegengewichte weitgehend beseitigt sind.[82] Durch zweifelhafte Absprachen mit den Gangs gelang es dem „coolen“ Diktator, Gewalt und Morde weitgehend aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Darin liegt die politische Stärke seines Modells: Der Autoritarismus beginnt nicht mit Angst, sondern mit Erleichterung. Indem Bukele die Informations- und Deutungshoheit weitgehend kontrolliert, gelingt es ihm, das Ausnahmeregime weiterhin als notwendige Maßnahme zur Bekämpfung der Kriminalität zu inszenieren. Die beispiellose, von Expert*innen auch als „strafender Populismus“[83] bezeichnete repressive Sicherheitspolitik, richtet sich indes längst nicht mehr nur gegen die Maras, sondern auch gegen all jene, die das Bukele-System kritisieren oder Proteste organisieren. Zugleich verfolgt die Regierung bislang keine erkennbare Strategie, um die realen strukturellen Ursachen von Bandengewalt und organisierter Kriminalität zu bekämpfen.

Die breite Zustimmung zum Ausnahmezustand reicht weit über El Salvador hinaus. Sein Erfolg beruht auch darauf, dass autoritäre Sicherheitsvorstellungen, Militarisierung und der Wunsch nach harter Bestrafung in Zuge einer empfundenen Zunahme von Unsicherheit in vielen Gesellschaften auf Zuspruch stoßen. Die Ausbreitung des „Bukele-Modells“ wird durch das Fehlen eines überzeugenden progressiven Gegenentwurfs begünstigt. Gerade diese politische Leerstelle dürfte dazu beitragen, dass sich sein Sicherheitsregime weniger durch direkte Kopie als durch die Verbreitung seiner faschistischen Logik weiter ausbreitet.

77 Bis Mai 2026 wurden 95 Fälle politischer Inhaftierungen von Gemeindevertreter*innen, Gewerkschafter*innen, Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen und Oppositionellen registriert. Viele waren bereits in den 1980er Jahren von der Militärdiktatur verfolgt worden.

78 https://cristosal.org/ver-oir-y-callar-la-nueva-realidad-del-espacio-civico-en-el-salvador/, S.3.

79 Instituto Universitario de Opinión Pública (2024): Encuesta poselectoral 2024, Boletín de prensa, S. 48.

80 https://prensacomunitaria.org/2024/09/el-salvador-alejandro-muyshondt-el-asesor-de-nayib-bukele-que-supo-demasiado-y-termino-muerto/.

81 https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Latinobarometro-61—de-salvadorenos-temen-expresar-sus-opiniones-20231218-0098.html.

82 Steven Levitsky & Daniel Ziblatt [2018] (2022): Cómo mueren las democracias. Lo que la historia revela sobre nuestro futuro. Ciudad de México: Paidós. S. 14.

83 Celia Medrano, Andreas Daugaard & Guillermo Vázquez del Mercado (2023): Gobernanza punitiva en Centroamérica Mayo de 2023: ¿Un antídoto contra la gobernanza criminal?, Global Initiative Against Transnational Organized Crime. Geneva.



Bananen ohne Ende. Wer kontrolliert die Plantagen des Präsidenten? Quelle: Miguel Castro

2. Das neo-autoritäre Ecuador

Frank Braßel

Es ist zweifellos ein Drama, was sich in dem einst vermeintlich so friedlichem Ecuador abspielt. Im vergangenen Jahr stieg es zum Land mit der höchsten Mordrate Lateinamerikas auf. Ein Gemisch aus sozialer Krise, Staatsabbau und internationalem Drogenhandel haben die Gewalt explodieren lassen. Für die meisten Menschen ist das eine Katastrophe; es gibt kaum mehr einen öffentlichen Ort in dem Andenland, wo man am Abend mit gutem Gefühl mit den Nachbar*innen plaudern oder etwas essen gehen kann. Neben Morden sind Entführungen, Überfälle und Einbrüche an der Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund treibt Präsident Daniel Noboa – im Ausland kaum beachtet – den Umbau des multiethnischen, megadiversen Landes zu einem neoliberal organisierten, autoritären Staat mit markantem Demokratieabbau, umfassender Militarisierung und zunehmenden Menschenrechtsverletzungen voran.

Vorgeschichte – das „friedliche" Ecuador

Es lohnt zu erwähnen, dass Ecuador nie wirklich „friedlich" war. Es hat immer, auch gewaltsam geführte, gesellschaftliche Konflikte gegeben. Extreme soziale Ungleichheiten und strukturelle Gewalt bestimmen seit Jahrzehnten das Bild. Das gilt insbesondere für die Lage der Frauen sowie der Situation im Amazonasgebiet und in den meisten ländlichen Regionen.

Ecuador war und ist eine zutiefst machistische Gesellschaft, gespeist aus einer kolonial-katholisch geprägten Kultur, mit Entsprechungen in vielen lokalen indigenen Gemeinschaften. Die Zahlen der Femizide sowie von Kinderschwangerschaften zählen zu den höchsten auf dem Kontinent. Die Ölförderung im Amazonasgebiet ist seit 60 Jahren Kernelement des ecuadorianischen Entwicklungsmodells mit gravierenden Auswirkungen auf die sozialen Menschenrechte der lokalen, überwiegend indigenen Bevölkerung. So wird ein rasanter Anstieg von Krebserkrankungen verzeichnet, Untersuchungen sprechen von 350 Prozent „Wachstum" in den vergangenen 30 Jahren.[84] Gleichzeitig kommen die Gewinne aus dem Ölgeschäft nicht bei den Menschen vor Ort an: Die Armutsrate ist mehr als doppelt so hoch wie im nationalen Durchschnitt. Die Kampagne für den Erhalt des Yasunís hat die Wahrnehmung der Ecuadorianer*innen des Amazonas verändert. Die Regierungen vom Ex-Präsidenten Rafael Correa (2007-2017) und Präsidenten Daniel Noboa waren bzw. sind jedoch gegen den Vorschlag, das Öl unter der Erde zu lassen, wie es 59 Prozent der Bevölkerung in einem Referendum im August 2023 unterstützten.[85]

Schließlich sind weite Teile der ländlichen Regionen durch einen wirtschaftlich erfolgreichen Plantagensektor gekennzeichnet: Zucker, Kakao, Ölpalmen, Bananen, Rosen etc. Obwohl die Unternehmer*innen vielfach in den USA oder Europa ausgebildet sind, sie moderne, international vernetzte Geschäftszweige repräsentieren, ist ihre archaische Haltung zu den Rechten „ihrer" Beschäftigten mit wenigen Ausnahmen intakt.

Das lässt sich beispielhaft am Bananensektor zeigen. So war es ecuadorianischen Unternehmen lieber, ein von der giz unterstütztes Projekt deutscher Supermärkte zu – bislang nicht gezahlten – „existenzsichernden Löhnen" platzen zu lassen als unabhängige Gewerkschaften zu beteiligen. Ecuador ist mit einem Exporterlös von 4,3 Mrd. USD der wichtigste Lieferant der gelben Frucht für den Weltmarkt, auch für die EU. Viele Arbeiter*innen verbleiben – konträr zur Rechtslage – außerhalb der Sozialversicherung. Wer krank wird oder einen Arbeitsunfall hat, hängt vom guten Willen des Chefs ab. Ein Beispiel: Das Unternehmen Noboa, der Familie des Präsidenten, verfügt über mehr als 8.000 Hektar Bananenplantagen, beschäftigt aber offiziell nur 2.000 Arbeiter*innen, was gerade einmal 0,3 Arbeitskraft pro Hektar ausmachen würde – weit unter dem notwendigen Minimum von 0,7. „Es deutet also vieles darauf hin, dass Noboa Trading informelle Arbeitskräfte nutzt, die ohne jegliche Rechte auf den Plantagen schuften, das bestätigen auch unsere Mitglieder," erläutert Jorge

84 https://breathegreenproject.org/cancer-en-la-amazonia-del-ecuador-1990-2019/.
85 https://taz.de/Referendum-in-Ecuador/!5950789/



„Hacienda La Julia“ – Plantage des Noboa-Imperiums. Quelle: Miguel Castro

Acosta von der kleinen unabhängigen Gewerkschaft ASTAC (Asociación Sindical de Trabajadores Bananeros Agrícolas y Campesinos). „Laut den ecuadorianischen Gesetzen ist das illegal, aber wer traut sich schon, die Plantagen des Präsidenten zu kontrollieren?“[86]

Das modernisierte Oligarchen-Regime

Familienoberhaupt Álvaro Noboa, der als reichster Mann Ecuadors gilt, hat fünfmal vergeblich für die Präsidentschaft kandidiert. Seinem Sohn Daniel ist dies Ende 2023 beim ersten Versuch gelungen, mit nur 35 Jahren. Und er führt das Land zunehmend wie sein Vater die Bananenplantagen: autoritär, manchmal etwas plump, ohne Beachtung grundlegender Rechte.

Konturen erhielt sein Regime mit dem 9. Januar 2024. Am frühen Nachmittag des Tages stürmte eine Gruppe junger Männer und Minderjähriger der Drogenbande „Los Tigueros“ die Räume des öffentlichen Fernsehsenders TC in der Hafenstadt Guayaquil. Ich saß kaum einen Kilometer entfernt beim Mittagessen, als plötzlich Läden schlossen und die Menschen nervös wurden. Live konnte man verfolgen, wie vermummte Männer die Journalist*innen auf den Boden zwangen, aber keine ernsthafte politische Botschaft von sich geben konnten. Nach wenigen Stunden wurde die Besetzung ohne relevante Gegenwehr durch die Polizei beendet.

Ob die Besetzung real oder fake war, bleibt offen. Doch sie dauerte noch keine halbe Stunde, da erließ der Präsident ein Dekret, wonach es im Land einen „internen bewaffneten Konflikt“ gäbe und er deshalb dem Militär weitgehende Befugnisse im Kampf gegen damals 22 Drogenbanden gab. Kurz danach tauchten Bilder auf, die hunderte Gefangene nur in Unterhose bekleidet in einem Gefängnis zeigten, von bewaffneten Soldaten angetrieben: das klassische Symbolbild aus El Salvador unter dem autokratischen Präsidenten Bukele.

Bis dahin vermittelte der in Miami geborene Noboa eher das Image des Sonnyboys, trat gerne mit Sonnenbrille auf, zeigte seine Tätowierungen im Fitness-Studio. Öffentliche Reden sind nicht seine Stärke. Seine junge Frau Lavinia Valbonesi ist eine bekannte Influencerin, die sich gerne ganz in weiß präsentiert und das Image ihres Gatten gerade unter jungen Leuten aufpeppte. In seinem ersten Wahlkampf hatte Noboa sich außerhalb der Polarisierung zwischen der traditionellen Rechten und den *Correístas* (die Bewegung des ehemaligen Präsidenten Rafael Correa) dargestellt und seine inhaltliche Orientierung als „sozialdemokratisch“ bezeichnet. Daniel Noboa war neu im politischen Geschäft; seine Mutter Isabella Azin stand ihm als erfahrene Parlamentarierin zur Seite. Hinzu kommt eine ganze Reihe an formalen und informellen Berater*innen, die vornehmlich aus der gesellschaftlichen Elite Guayaquils und den Arbeitsbeziehungen mit dem Noboa-Imperium stammen.

Mit dem 9. Januar 2024 änderte sich Noboas Image. Er trat nun oft mit Helm und Schussweste auf und sprach von seinem umfassenden Sicherheitsplan „Phoenix“, den nie jemand zu Gesicht bekommen hat. Straßensperren, Hausdurchsuchungen, die Kontrolle der Gefängnisse durch das Militär und deren massive Präsenz in der Öffentlichkeit dominierten die folgenden Monate. Zudem stärkte Noboa seine neue Partei Acción Democrática Nacional (ADN) als Repräsentanz der konservativen Rechten und positionierte sich klar gegen Revolución Ciudadana (RC), die Partei Correas, der seit 2017 in Belgien im Exil lebt.

Noboa hatte zunächst nur eine Amtszeit von 18 Monaten, da er nach dem Rücktritt des konservativen Bankiers Guillermo Lasso vom Präsidialamt im November 2023 in dieses gelangt war. So musste er im April 2025 erneut gegen Luisa González von der RC antreten. Noboa gewann – für viele eher überraschend. González und Correa warfen ihm Wahlbetrug vor, allerdings waren diese Vorwürfe selbst innerhalb der RC umstritten.

Unstrittig ist allerdings, dass Noboa vor den Wahlen millionenschwere Boni an unterschiedliche Bevölkerungsgruppen vergeben sowie über seine Familie und deren Stiftung einen klassischen klientelistischen Wahlkampf und Stimmenkauf mit Geschenken in Armenvierteln betrieben hatte. Zudem hatte er die verfassungsrechtliche Regelung, wonach der amtierende Präsident während des Wahlkampfes die Amtsgeschäfte an seine Vize-Präsidentin übergeben müsste, die er zudem zuvor unter fragwürdigen Umständen austauschen ließ, missachtet.

Weitere zentrale Gründe für die Wiederwahl Noboas waren die Sorge vieler Menschen vor der anwachsenden Gewalt und Kriminalität im Land. Die militaristische Lösung hat offenbar mehr Menschen angesprochen als weniger klare Vorschläge der RC. Zudem hat deren Kandidatin nicht wirklich überzeugen können, nicht zuletzt, weil sie als Marionette des Ex-Präsidenten gilt. Rafael Correa dirigiert und kritisiert alles aus seinem belgischen Exil, was manche potenzielle Alliierte und Wähler*innen an die autoritären Tendenzen seiner letzten Regierungsjahre erinnert. Das gilt insbesondere für die indigene Bevölkerung, die trotz eines halbherzigen, in letzter Minute geschlossenen Abkommens zwischen dem Bündnis der indigenen Nationalitäten Ecuadors Conaie (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) und RC in vielen Regionen mehrheitlich gegen González und damit für Noboa gestimmt hat.[87]

86 https://www.fr.de/wirtschaft/arbeiter-auf-bananenplantagen-in-ecuador-schuften-bis-zu-17-stunden-taeglich-94322348.html.
87 https://planv.com.ec/historias/politica/elecciones-daniel-noboa-voto-indigena/.

Kokain, Kriminalität & Kapital

Ecuador selbst produziert kein Kokain, dieses kommt aus Kolumbien und Peru. Als Transitland ist Ecuador allerdings besonders attraktiv, da es eine lange Küstenlinie hat, eine auf den US-Dollar basierende Ökonomie und einen „schwachen" Staat. Mit der Corona-Krise explodierte die Ausfuhr des Kokains aus Ecuador, das zu dem wohl wichtigsten Lieferanten der Droge für den europäischen Markt geworden ist. Der Sozialabbau und die ökonomische Krise machten es mexikanischen und europäischen Akteuren leicht, bereits existierende kriminelle Banden für Transport und Überwachung der Drogen anzuheuern. Hierbei kam es zu brutalen Kämpfen zwischen den Banden, deren Opfer bis zu 90 Prozent der Morde im Land ausmachen sollen. Die Morde stiegen von 1.273 in 2020 auf 8.004 in 2023 zum bisherigen Höhepunkt 9.216 im vergangenen Jahr, was eine Rate von gut 50 Toten pro 100.000 Einwohner*innen bedeutet. Die Opfer sind ganz überwiegend jung, männlich und entstammen ärmeren Bevölkerungsschichten.[88] Hotspots sind die Küstenprovinzen mit ihren relevanten Drogenwegen. In den letzten beiden Jahren hat sich die Gewalt stark in die Regionen des (illegalen) Bergbaus ausgedehnt.

Die Banden expandierten zudem in andere Branchen, welche die normale Bevölkerung sehr viel stärker betreffen: Schutzgelderpressungen für kleine und große Geschäfte, teils für die kleinsten Hütten in den Armensiedlungen, Entführungen und Raubüberfälle. Insgesamt ist die Gewalt in allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen enorm gestiegen.

Die militärische Strategie des Noboa Regimes hat sich bislang nicht ausgezahlt. Zwar soll die Zahl der Morde in diesem Jahr bis Juli etwa um acht Prozent zurückgegangen sein, die Bandenkriminalität findet zunehmend ihren Weg in die Hauptstadt Quito. Die ecuadorianischen Behörden haben in 2025 weniger Kokain beschlagnahmt als in den beiden Jahren zuvor.[89] Ohne Lösung auf den boomenden Märkten zwischen Berlin und Madrid dürfte das Problem eh nicht in den Griff zu bekommen sein.

Die Regierung feiert stets die Verhaftung von Drogen-Capos als große Erfolge: An vorderster Stelle „Fito", José Adolfo Macías Villamar, der legendäre Chef der „Choneros". Er war unter Noboa aus einem Hochsicherheitsgefängnis entkommen, wurde im Juni 2025 erneut inhaftiert und im Folgemonat in die USA ausgeliefert. Bekannt war auch „Pipo", Wilmer Chavarría, Chef der „Los Lobos", der Ende letzten Jahres in Spanien gefasst wurde. Diese Erfolge haben allerdings zu inneren Bandenkämpfen gefügt und eher zu ihrer Vervielfältigung denn zu ihrer Schwächung beigetragen.

„Die Regierung ist die zugrunde liegenden Umstände, die diese Sicherheitskrise ausgelöst haben, nicht wirklich angegangen, weder die kriminellen Wirtschaftsstrukturen noch die kriminellen Netzwerke, die über die Anführer der Banden hinausreichen", erläuterte kürzlich ein Analyst von Insight Crime und bemängelte das Fehlen einer integralen Sicherheitsstrategie. „Ebenso wenig hat sie sich mit den sozialen Verhältnissen auseinandergesetzt, die das perfekte Umfeld dafür schaffen, dass das organisierte Verbrechen Fuß fassen kann. Das größte Problem, das sie nicht angegangen ist, ist die Korruption. Korruption ist auf allen Ebenen des ecuadorianischen Staates präsent und erleichtert das organisierte Verbrechen enorm."[90]

Michelle Maffai, die an der Universität von Guayaquil zu Sicherheitsfragen arbeitet, beziffert den Anteil der illegalen Ökonomien – die sich nicht nur aus Drogen speisen – unter Berufung auf US-Quellen auf bis zu 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.[91] Die Gelder würden insbesondere in den Bereichen Immobilien, Automobile und (illegalen) Bergbau zirkulieren. Die entsprechenden Wirtschaftsdaten zeigen in diesen Sektoren eine außerordentlich dynamische Entwicklung, zumal in einem Land mit wirtschaftlicher Dauerkrise, dessen Gesamtökonomie im ersten Halbjahr 2026 nur etwa um zwei Prozent wuchs.

Der Immobiliensektor dagegen wuchs um rund 20 Prozent.[92] Im gleichen Zeitraum wurden 78.185 neue Autos verkauft, darunter viele SUVs, ein Wachstum von 41,4 Prozent: das beste Ergebnis in der Geschichte des Sektors.[93] Für den Bergbau liegen nur Zahlen fürs erste Quartal 2026 vor: In diesem Zeitraum stiegen die Exporterlöse um 65 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 1.381 Mrd. USD.[94] Der Sektor schafft übrigens nur 12.000 direkte Arbeitsplätze im Vergleich zu etwa 200.000 in der leicht kleineren Bananenindustrie. Und bei den Privatbanken stiegen die Gewinne im ersten Halbjahr 2026 im Vergleich zum Vorjahr von 417 auf 544 Millionen US-Dollar, also um 30 Prozent, ihr Geschäftsvolumen erhöhte sich um 11,6 Prozent.[95] In Ecuador lassen sich gute Geschäfte machen.

Militarisierung gegen wen?

In seiner zweiten Präsidentschaft setzt Noboa auf eine noch stärkere Militarisierung, die zunehmend die Zivilgesellschaft und andere Unschuldige in Mitleidenschaft zieht. Bereits der Überfall auf die Botschaft Mexikos, wo der ehemalige Vizepräsident Jorge Glas (2013-2017) Asyl gefunden hatte, in Quito im April 2024 zeigte, dass Noboa auf die Wahrung anerkannter Rechtsprinzipien keinerlei Wert legt. Das Massaker an den vier Kindern aus Malvinas (siehe Infokasten) zum Jahresende 2024 hat viele Menschen empört, doch konnten die Proteste die rücksichtslose Politik der Regierung nicht stoppen.

88 https://www.primicias.ec/seguridad/ecuador-homicidios-asesinatos-violencia-crimen-organizado-2025-114304/. Siehe auch: FLACSO Ecuador, Desigualdad de ingresos y causas de muerte en Ecuador 2010-2024, https://repositorio.flacsoandes.edu.ec/items/1054116c-bf0f-4fd0-9333-c384540cd1a6.

89 https://insightcrime.org/es/noticias/balance-insight-crime-incautaciones-cocaina-2025/.

90 https://insightcrime.org/es/noticias/the-insight-take-ecuador-estrategia-capos-victorias-tacticas-incertidumbre-estrategica/.

91 https://www.vistazo.com/actualidad/2026-07-22-lavado-activos-ecuador-equivale-40-pib-michelle-maffei-entrevista-crimen-organizado-ED11124624.

92 https://www.vistazo.com/negocios/economia/2026-06-30-actividad-economica-construccion-petroleo-abril-construccion-bce-ecuador-DI11085521.

93 https://www.vistazo.com/negocios/economia/2026-06-30-actividad-economica-construccion-petroleo-abril-construccion-bce-ecuador-DI11085521.

94 https://www.elcomercio.com/actualidad/negocios/exportaciones-mineria-ecuador-crecen-primer-trimestre-2026/.

95 https://www.forbes.com.ec/macroeconomia/asi-evoluciono-banca-ecuatoriana-primer-semestre-2026-n94809.

Ismael und Josué, Saúl und Steven
Die vier Kinder der Malvinas

Las Malvinas heißt eine der älteren Armensiedlungen im Süden von Guayaquil. Es ist ein „Schwarzes" Barrio, seit den 70er Jahren überwiegend von afroecuadorianischen Bevölkerungsgruppen besiedelt, fast ohne jede Präsenz des Staates, so wie 60 Prozent der gesamten Stadtfläche. Am 8. Dezember 2024 verließen vier Jungen zwischen 11 und 15 die Malvinas, um auf einem nahegelegenen Platz Fußball zu spielen. Und dann verschwanden Ismael und Josué, Saúl und Steven, bis man am 24. Dezember ihre verkohlten Leichen weit außerhalb der Stadt in der Nähe des Militärstützpunktes von Taura fand.[96]

Tagelang wurden die vier Kinder gesucht. Bald tauchte ein Video einer Überwachungskamera auf, das sie auf einem Pick-up des Militärs zeigte. Sie seien von Anwohner*innen wegen Diebstahls angezeigt worden, verlautbarte auf einmal das Militär – was die Staatsanwaltschaft umgehend bestritt –, und später freigelassen worden. Ohne das Engagement der Eltern, Nachbar*innen und des Menschenrechtskomitees CDH (Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos) wären sie vermutlich nie in den Sümpfen von Taura gefunden, und der Fall wäre nie halbwegs aufgeklärt worden.

Offensichtlich wurden die vier Kinder von den Militärs ohne jeden Grund – außer dass sie arm und Schwarz waren – auf ihren Wagen geladen, geschlagen, mit Waffen bedroht und in Taura gezwungen sich zu entkleiden. Dort scheinen sie an eine paramilitärische Gruppe übergeben und ermordet worden zu sein.

Im Kampf gegen die Drogen – wozu ja der Einsatz des Militärs im Inneren dienen soll – hatte das Massaker keinerlei Funktion. Man könnte es als eine „Nebenwirkung" der autoritären Militarisierung bezeichnen. Man kann darin auch eine gezielte Strategie zur Einschüchterung der Bevölkerung sehen. In 2024 sind mindestens 52 Personen in Händen des Militärs verschwunden, alle waren jung und arm, Reichen passiert das nicht. Die 16 beteiligten Soldaten im Fall Malvinas – nicht ihre verantwortlichen Offiziere – sind aufgrund des Engagements von CDH und engagierter Journalist*innen verurteilt worden. Für alle anderen Fälle gilt das nicht. Das Militär weigert sich schlichtweg, relevante Informationen über Tagesbefehle, Beteiligte und Geschehen an die Staatsanwaltschaft zu übergeben, obwohl dies mehrfach vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte gefordert worden ist.[97]

Die deutsche Bundesregierung scheint ob dieser Entwicklung wenig beunruhigt. Sie würde in Gesprächen mit der ecuadorianischen Regierung betonen, dass „auch bei der Kriminalitätsbekämpfung rechtsstaatliche Prinzipien, der Schutz demokratischer Institutionen und die Menschenrechte geachtet und gewährleistet werden", schrieb das Auswärtige Amt auf Nachfrage.

Nicht etwa in der Bananenprovinz von Los Ríos oder der Hafenstadt Guayaquils, den Hotspots von Drogengeschäfts und Gewalt, konnte man den historisch wohl massivsten Aufmarsch des Militärs im Inneren Ecuadors beobachten. Dieser erfolgte ab dem 22. September 2025 im Andenhochland bei dem großen Streik der CONAIE. Noboa hatte zu Beginn des Streiks seinen Regierungssitz nach Latacunga im Herzen der Anden verlegt und auf eine rein konfrontative Strategie gesetzt. Der Streik wendete sich insbesondere gegen die Abschaffung der Subventionen für Diesel, um mehr Einkünfte fürs Militär zu haben. Dies hatte Noboa noch im Wahlkampf abgelehnt. Die Kommunikationsmaschine von Noboa ließ den Streik als von der organisierten Kriminalität – in Gestalt des illegalen Bergbaus und Benzinschmugglern – finanziert diskreditieren, ohne jeden Beweis. Aber dies diente als Vorwand für brutale Einsätze des Militärs im Andenhochland und den mehrheitlich von Indigenen bewohnten Stadtteilen Quitos.[98] Der Streik ging nach 31 Tagen ohne Erfolge und mit sich vertiefenden Konflikten innerhalb der Conaie zu Ende.

Unter dem Terrorismus-Vorwurf und Repressionen leiden besonders die sozialen Bewegungen sowie oppositionelle Parteien (siehe unten). Der seit Januar 2024 in den meisten Provinzen geltende Ausnahmezustand setzt wichtige Grundrechte außer Kraft.

Öffentlich bekannte Kritiker*innen werden massiv unter Druck gesetzt, wie eine Rechtsanwältin aus Quito mir kürzlich berichtete, die es vorzieht, ihren Namen nicht mehr in der Öffentlichkeit zu lesen. „Der Druck auf Aktive aus dem Menschenrechtsbereich hat in den vergangenen Monaten enorm zugenommen. Mein Mann und meine Tochter haben vor geraumer Zeit ihre Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst verloren, sehr wahrscheinlich wegen meiner kritischen Position in diversen Fällen," beklagt die engagierte Frau. „Kürzlich musste ich erleben, dass ein Chat von mir durch eine Journalistin weitergeleitet wurde, den ich ursprünglich an eine Freundin geschickt hatte. Offenbar hat jemand Zugriff auf mein Telefon." Auch ihr Konto bei X wurde vor kurzem gehackt. Man fühle sich zunehmend „umzingelt", arbeite fast nur noch in Netzwer-

96 https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/der-fall-malvinas/.

97 https://www.cdh.org.ec/ultimos-pronunciamientos/681-mesas-de-dialogo-por-desapariciones-forzadas-y-crisis-carcelaria.html.

98 Renato Rivera Rhon, ¿Por qué no debemos criminalizar la protesta social en Ecuador? Primicias 20.10. 2025 https://www.primicias.ec/opinion/renato-rivera-rhon/criminalizacion-protesta-social-paro-nacional-crimen-organizado-ecuador-107524/?utm_source=twitter&utm_medium=social.



Militär allgegenwärtig, hier in der Altstadt von Quito. Quelle: Frank Braßel

ken. „Mein wöchentliches Radioprogramm habe ich aufgegeben, damit ich als Person nicht zu sehr Anlass zur Kritik gebe." Eine Attacke auf ihr Auto hat sie auch erlebt, die Hintermänner sind unbekannt.

Dieses diffuse Gefühl der Angst – oft ist unklar, ob die Bedrohung von Drogenbanden, normalen Kriminellen, Unternehmen oder dem Staat kommt – herrscht unter vielen Vertreter*innen von sozialen Bewegungen und NGOs in Ecuador. Beliebte Zielgruppen der Repression sind kritische Journalist*innen. Einzelne wurden ermordet, eine ganze Reihe von Medienschaffenden sind zeitweise ins Ausland gegangen. Regelmäßig zieht kritische Berichterstattung massive Drohungen von Unbekannten nach sich. Gemäß der „Rangliste der Pressefreiheit" von Reporter ohne Grenzen erlebte Ecuador 2025 die dramatischste Verschlechterung auf dem Kontinent und stürzte im Vergleich zum Vorjahr um 31 Plätze auf Rang 125 ab.[99]

Ein aktuelles Beispiel ist das von Gabriela Panchana, Journalistin und bekennende Correa-Gegnerin. Ende Juli wurde sie von einem Gericht zu 30 Tagen Haft verurteilt, weil sie in einem Post auf der Plattform X auf Verbindungen gewisser Narco-Strukturen zum Unternehmen Noboa Trading hingewiesen hatte.[100] Sie war bereits mehrfach in die Kritik geraten, nachdem sie auf Verwicklungen von hochrangigen Personen des Regimes mit dem Drogenhandel hingewiesen hatte. Das Fass zum Überlaufen brachte offenbar ein Post Panchanas zum Mord an der Aktivistin Monika Silva Koniuszek am 8. Juni 2026. Die gebürtige Polin war an ihrem Wohnort im Seebad Montañita tot aufgefunden worden. Sie hatte sich seit langem für Umweltschutz und gegen Korruption in der Provinz Santa Elena engagiert. Innenminister Reimberg hatte das Verbrechen zunächst als Selbstmord darstellen wollen. Nicht zuletzt dank des Engagements von Menschenrechtsgruppen und der polnischen Botschaft ist inzwischen klar, dass Monika Silva ermordet wurde. Die Hintergründe sind nach wie vor unklar. Sie hatte kurz vor ihrem Tod vermeintliche Details über die Beteiligung der Noboa Trading[101] an Drogengeschäften der US-Botschaft und der DEA übergeben. Als Gabriela Panchana hierauf verwies, wurde der Prozess gegen sie initiiert. Die eine ist tot, die andere soll mundtot gemacht werden. Ende August wurde im Städtchen Yaguachi der langjährige Zuarbeiter für internationale Medien René Cobos ermordet - wenige Tage nachem eine vielbeachtete BBC-Reportage über Verquickungen von Polizei und Drogenbanden veröffentlicht worden war, an der er mitgewirkt hatte.[102]

Wie wenig es der Regierung Noboa und dem Militär gelungen ist, selbst die Sicherheitslage der Menschen zu verbessern, die direkt unter ihrer Kontrolle leben, zeigt die Situation in den Gefängnissen. Vor dem Januar 2024 hatte es zahlreiche Meutereien und Massaker in den Gefängnissen des Landes gegeben, die als Rekrutierungsorte der Drogenbanden galten. Seitdem haben die Militärs die Kontrolle über die Gefängnisse erhalten. Vereinzelte Massaker konnten sie nicht vermeiden, es mehren sich Anzeichen, dass die Korruption, die vorher die zivile Aufsichtsbehörde dominierte, nun in die Kreise der Soldat*innen einzieht. Besonders beunruhigend ist das Problem einer offenbar gezielten Verwahrlosung: Mindestens 1.220 von knapp 40.000 Insass*innen sind in den Gefängnissen Ecuadors in 2025 umgekommen, mehr als drei pro Tag, recherchierte das Journalist*innen-Team *Connectas*.[103] 206 davon wurden ermordet, in 566 Fällen wurden die Ursachen vom Innenministerium als „natürlich", in 448 als „unbekannt" kategorisiert. Die Aufsichtsbehörde verweigerte *Connectas* Interviews und kündigte die Freigabe detaillierter Daten für 2029 (!) an. Als Vergleich: In Deutschland starben 254 von mehr als 60.000 Insass*innen in 2025.

Staats- und Wirtschaftsumbau

Daniel Noboa als Vertreter der ökonomischen Elite Ecuadors gab seine „sozialdemokratischen" Sichtweisen des ersten Wahlkampfes schnell auf und setzte auf neoliberale Maßnahmen. Allerdings lehnte eine Bevölkerungsmehrheit in den zwei Volksabstimmungen in 2024 und 2025 strukturelle Maßnahmen ab.

Von daher konzentrierte sich die Regierung auf die Umsetzung der klassischen Rezepte des Internationalen Währungsfonds und wurde dafür mit einem Kredit in Höhe von fünf Milliarden Dollar belohnt. In diesem Kontext wurden die Einnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Senkung der Subventionen für Treibstoffe vorgenommen.

99 https://rsf.org/en/region/americas.

100 https://gk.city/2026/07/29/la-activista-gabriela-panchana-podria-ir-presa-por-un-tuit-por-que/.

101 https://www.occrp.org/es/investigacion/cocaine-and-bananas-how-balkan-traffickers-used-fruit-shipments-from-the-ecuadorian-presidents-family-firm-to-smuggle-drugs.

102 https://fundamedios.org.ec/alertas/asesinan-a-rene-cobos-fixer-de-medios-internacionales-en-yaguachi/.

103 https://www.connectas.org/especiales/encerrados-para-morir-carceles-ecuador/.



Noboa als Pappkamerad. Quelle: Frank Braßel

Gleichzeitig senkte die Regierung die Ausgaben der Regierung. Beispielsweise wurde zunächst das Budget für das Frauenministerium zusammengestrichen, dasselbige inzwischen aufgelöst und ins Präsidialamt integriert. Das Umweltministerium wurde Teil des Ministeriums für Energie und Bergbau. Das passt ideal in das Bemühen der Regierung um die rasche Ausweitung des Bergbausektors, in dem die Präsidentenfamilie wirtschaftliche Interessen hat,[104] und es massive soziale und ökologische Konflikte um dieses Thema insbesondere mit der indigenen Bevölkerung gibt. Im Juli 2026 wurde ein Freihandelsvertrag mit Kanada geschlossen, die Heimat zahlreicher Bergbaukonzerne. In 2025 entließ die Regierung – offenbar nach dem Vorbild von Musks DOGE[105] – 5000 Staatsangestellte unter unklaren Kriterien.

Das Gesundheitswesen Ecuadors befindet sich in einer permanenten Krise, die weder die Übernahme einiger Kliniken durch das Militär noch der bislang achte Gesundheitsminister unter Noboa lösen konnten. Oder vielleicht auch nicht sollten? Es gibt Spekulation, wonach das staatliche Gesundheitswesen privatisiert werden soll. Das Missmanagement liefert potenziell die Argumente dafür.

Ein Highlight aus Sicht der Präsidentenfamilie dürfte das Einsparen einer enormen Steuerschuld ihres Unternehmens „Exportadora Noboa“ zum 1. Oktober 2025 gewesen sein. Mithilfe des von Sohn Daniel Noboa im Parlament präsentierten Gesetzes „Ley de Integridad Pública“, das anschließend vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt wurde, mussten nur 26,2 Prozent der aufgelaufenen Steuerschuld von 98 Millionen USD gezahlt werden.[106] Die Präsidentschaft hat sich schon mal gelohnt.

Dieses Gesetz wurde wie so viele mit „ökonomischer Dringlichkeit“ begründet und ohne eine relevante Debatte im Parlament (und der Öffentlichkeit) durchgepeitscht. Die Partei des Präsidenten ADN hatte bei den letzten Wahlen keine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erzielt, aber bereits vor deren erster Sitzung sich eine solche verschafft. Besonders relevant hierfür war, dass neben einzelnen Abtrünnigen der RC sechs der neun Abgeordneten der Indigenen Partei Pachakutik die Seiten wechselten. Über Motive, Versprechungen oder sonstige Vorteile kann nur spekuliert werden. Faktisch entscheidet das Parlament seitdem, was der Präsident wünscht. Ganz ähnlich gelang es Noboa, fast alle relevanten Institutionen, Wahl- und Kontrollgremien sowie die Justiz an sich zu binden. Die einzige Ausnahme ist das Verfassungsgericht, das deshalb von Noboa übel beschimpft worden ist, aber bislang für einen letzten Rest an Gewaltenteilung in Ecuador sorgt. Das nächste Ziel der Regierung ist die Kontrolle über die regionalen und lokalen Amtsträger*innen (siehe „linke Mehrheit – rechtsautoritäre Regierung“).

Der Mini-Trump

Daniel Noboa ist in Miami geboren, sein letztes Kind auch. Er hat die US-Staatsbürgerschaft und verehrt Donald Trump, an den er sich bei dessen Konflikt mit Kolumbiens Ex-Präsidenten Gustavo Petro anbiederte und Trumps willkürliche Zollpolitik duplizierte.[107] In seiner bisherigen Amtszeit hat er mindestens 14-mal die USA besucht, private und politische Agenden lassen sie nur schwer überprüfen.

Er wird gerne als „Mini-Trump“ bezeichnet – nicht nur wegen seiner Begeisterung für den US-Präsidenten. Der Vergleich verweist auch auf Ecuador als kleinen, unbedeutenden Staat sowie auf den Unterschied zwischen dem dominanten Auftreten des US-Präsidenten und Noboa, der eher schüchtern und ungelenk wirkt. Und natürlich gibt es da sein Bestreben, eine ähnliche autoritäre Politik in Ecuador durchzuführen.

Seinen Wunsch, eine neue US-Militärbasis verfassungsrechtlich möglich zu machen, wurde in einem Referendum im Jahr 2025 abgelehnt. Das hindert Noboa nicht daran, die militärische Kooperation über private Berater und nun auch offiziell mit dem US-Militär im Kampf gegen die Drogen auszudehnen.

Zunächst hatte Noboa das international berüchtigte Söldner-Unternehmen von Erik Prince zu Wahlkampf-Aktionen in 2025 nach Guayaquil einfliegen lassen. Im laufenden Jahr ist es nach Angaben internationaler Medien und einer detaillierten Untersuchung von Human Rights Watch zu mindestens vier gemeinsamen militärischen Aktionen auf ecuadoriani-

104 https://www.radiopichincha.com/silvercorp-metals-grupo-noboa-nobis-vinculos-empresariales-proyectos-mineros-ecuador/.

105 Das Department of Government Efficiency (DOGE) war eine von Elon Musk angeführte US-Institution, deren Ziel eine radikale Verkleinerung des Staatsapparates war, um die „Regierungseffizienz und -produktivität“ zu erhöhen. Im Zuge dessen fand ein massiver Stellenabbau statt und Tausende Menschen verloren ihre Jobs.

106 https://www.expreso.ec/actualidad/economia/exportadora-noboa-esta-es-la-cifra-final-que-pago-por-su-millonaria-deuda-en-el-sri-261793.html.

107 https://taz.de/Grenzkrieg-Kolumbien-und-Ecuador/!6164335/.



„Kimsakocha, du bist nicht allein! Hier ist dein fünfter Fluss“ – Solidarität mit dem Kampf gegen den Bergbau. Im November 2025 feiern Menschen in Cuenca das Ergebnis des Referendums. Quelle: Martín Vasco via Wikimedia commons, CC BY SA 4.0

schem Staatsgebiet gekommen.[108] In drei Fällen wurden Schiffe in der Nähe der Galapagos Inseln von Drohnen beschossen und teilweise zerstört. Es gibt Berichte, wonach die CIA hieran beteiligt war. Anfang März gab es einen Überfall im ecuadorianisch-kolumbianischen Grenzgebiet mit Unterstützung von US-Streitkräften. Opfer berichteten von willkürlichen Verhaftungen und Folter. Drogen wurden in keinem Fall gefunden.

Pentagon-Chef und Kriegsminister Hegseth kündigte Mitte August weitere militärische Interventionen der USA in Ecuador und anderen Staaten Lateinamerikas an. „Wo immer Drogen gehandelt werden oder das amerikanische Volk oder unsere Partner bedroht werden, sind diese Organisationen ein Ziel, genau wie der IS oder Al-Qaida“, fügte der Minister hinzu.[109] Ende August wurde bekannt, dass sich US-Militärangehörige in der Küstenprovinz Esmeraldas an der Grenze zu Kolumbien befinden und in Manta – wo bis 2009 eine US-Militärbasis existierte – drei US-Militärhubschrauber stationiert wurden. Kurz zuvor war US-Sicherheitskräften der visafreie Aufenthalt für 6 Monate sowie eine weitgehende Immunität wie bei diplomatischem Personal garantiert worden.[110]

Linke Mehrheit - rechtsautoritäre Regierung

Die soziale, politische und Sicherheitslage in Ecuador hat die Popularität Daniel Noboas dramatisch sinken lassen: Im Juli waren nur noch 21 Prozent der Bevölkerung mit seiner Performance zufrieden.[111]

Bereits in den beiden Referenden vom April 2024 und November 2025 zeigte sich, dass es eine inhaltlich progressive Mehrheit im Land gibt. Bei ersterem wurden zwar Verschärfungen der Sicherheitspolitik akzeptiert, die vorgeschlagene Anerkennung internationaler Schiedsgerichte und von Ein-Stunden-Arbeitsverträgen allerdings abgelehnt. Peinlich für Daniel Noboa ging die zweite Volksabstimmung aus, in der alle Vorschläge abgelehnt wurden: Besonders relevant waren die Fragen ausländischer Militärstützpunkte sowie einer verfassungsgebenden Versammlung. Inhaltlich hatte sich die Regierung wenig zu ihren gesellschaftlichen Visionen geäußert. Offensichtlich missfallen ihr insbesondere die Rechte der indigenen Völker und der Natur, die in der fortschrittlichen Verfassung von 2008 verankert sind. Das Problem ist, dass sämtliche Kräfte der Opposition – die RC wie die indigenen Bewegungen, die Gewerkschaften, Frauen und Umweltschützer*innen – stark geschwächt, teils inhaltlich verbraucht und in keiner Form vereint sind. Dies erklärt teilweise die bislang relativ schwachen Proteste gegen die Politik Noboas. Hinzu kommen die Repressionen durch die Regierung. So wurden einer ganzen Reihe an NGOs, indigenen Organisationen sowie einzelnen ihrer Repräsentant*innen – oft ohne Begründung – die Konten gesperrt.[112]

Das Dekret „Reglamento N°191 Ley de Transparencia Social Ecuador“ vom Oktober 2025 verbietet sozialen Organisationen, gegen Bergbauprojekte zu mobilisieren oder entsprechende Aktivitäten zu unterstützen. Bereits mit dem im Juli 2025 verabschiedeten Geldwäschegesetz “Ley Orgánica para el Control de Flujos Irregulares de Capitales” wurden Stiftungen und NGOs sowie ihre internationalen Geldgeber*innen besonderen Kontrollen unterworfen, obwohl Geldwäsche in erster Linie aus dem Privatsektor bekannt ist. Aus dem NGO-Sektor ist dagegen kein einziger Fall bekannt.

Aktuell verfolgt die Regierung Noboa das Ziel, bei den anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen die Macht auch

108 Human Rights Watch, A Dangerous Partnership. Abuses, Unanswered Questions, and US-Ecuador Security Cooperation, Juli 2026, https://www.ecoi.net/en/file/local/2143148/ecuador_us0726web.pdf.

109 https://www.france24.com/es/minuto-a-minuto/20260813-eeuu-planea-ejecutar-ataques-en-tierra-contra-narcos-junto-a-socios-latinoamericanos-hegseth.

110 https://www.primicias.ec/seguridad/cooperacion-estados-unidos-ecuador-san-lorenzo-narcotrafico-helicopteros-black-hawk-manta-130713/?utm_source=twitter&utm_medium=social

111 https://www.expreso.ec/politica/calificacion-positiva-daniel-noboa-cae-21-julio-nueva-encuesta-ciees-290674.html.

112 https://planv.com.ec/historias/derechoshumanos/informes-secretos-bloqueo-de-cuentas-y-medidas-arbitrarias-en-el-2025-se-incrementaron-los-riesgos-para-los-defensores/.

auf lokaler Ebene zu übernehmen. Im März wurde zunächst die größte Oppositionspartei RC unter fadenscheinigen Gründen für neun Monate suspendiert. Kurz darauf wurden die Wahlen von Februar 2027 auf den 29. November 2026 vorverlegt. Kuriose Begründung: erwartbare klimatische Erschwernisse durch El Niño. Ob es Zufall war, dass der Direktor des Nationalen Meteorologischen Instituts Inamhi am gleichen Tag seinen Hut nahm? Zu dem neuen Datum kann die RC nicht antreten, weitere Parteien wurden suspendiert.

Im Morgengrauen des 10. Februars 2026 wurde der RC-Bürgermeister von Guayaquil, Aquiles Álvarez, in seinem Haus verhaftet, er, seine Frau und ihre kleinen Kinder mit Waffen bedroht. Anlass war eine Fußfessel, die er vermeintlich nicht angelegt hatte. Er kam zunächst lange in U-Haft in einem Hochsicherheitstrakt. Die Richter*innen, die seine Freilassung bis zum Prozess angeordnet hatten, wurden von ihren Vorgesetzten vom Fall abgezogen.[113]

Scheinbar war die Fußfessel defekt und Álvarez eine öffentliche Person, die täglich ins Rathaus von Guayaquil ging. Wichtiger vermutlich, dass er als ein möglicher Kandidat der RC für die nächsten Präsidentschaftswahlen gehandelt wurde, der nur wenig in die zunehmenden internen Streitigkeiten der Partei involviert war. So konnte es nicht verwundern, dass er zur Höchststrafe von drei Jahren Haft verurteilt worden ist. Ein Prozess über seine potenzielle Beteiligung an Benzinschmuggel steht noch aus. Oppositionelle werden schnell angeklagt und verurteilt. Angehörige des Regimes bleiben demgegenüber selbst bei massiven Korruptionsvorwürfen unangetastet.

Eine breitere öffentliche Debatte an der Regierungsführung Noboas ergab sich nach einer scharfen Kritik durch Osvaldo Hurtado, von 1981 bis 1984 Präsident Ecuadors. „Wie nennt man einen Präsidenten, der die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz, freie Wahlen und die bürgerlichen Freiheiten nicht achtet? Einen Kryptodiktator, einen Autoritären, einen Autokraten, der auf dem besten Weg ist, ein Diktator zu werden“, formulierte der moderate Politiker seine Kritik. Als daraufhin eine koordinierte Aktion auf X von ADN-Abgeordneten gegen Hurtado losgetreten wurde, meinte dieser, es wäre eher die Aufgabe der Regierung und des Präsidenten, auf die Kritik zu reagieren. Die Abgeordneten schienen ihm „funktionale Analphabeten“ zu sein.[114] Noboa kommentierte nur in bester Trump´scher Manier, da habe die Opposition „einen Kadaver aus Formol geholt“.

Bei Redaktionsschluss strebten diverse zivilgesellschaftliche Gruppen ein Amtsenthebungsverfahren (*revocatoria*) gegen Noboa an, wie es in der Verfassung vorgesehen ist. Hierfür müssten zunächst 2,1 Millionen Unterschriften gesammelt werden, um zu einer Abstimmung zu gelangen – eine große Herausforderung. Trotzdem scheint sich Noboa unwohl damit zu fühlen. Der Nationale Wahlrat (Consejo Nacional Electoral) folgte Mitte Juli den Vorgaben des Präsidenten, das Anliegen zurückzuweisen.

Kurz darauf beantragte die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen Guido Perugachi, den Vorsitzenden der sozialistischen Indigenen Bewegungen FENOCIN. Formal wegen seines Aufrufs zum großen Streik von vor fast einem Jahr. Perugachi ist allerdings auch einer der Akteure hinter dem Amtsenthebungsverfahren. Die legale und gesellschaftliche Debatte über das Thema dürfte in den kommenden Monaten weitergeführt werden.

Dessen genauer Ausgang ist ebenso schwierig vorherzusagen wie der der Kommunalwahlen Ende November. Hierzu bilden sich vielfach Allianzen von Mitgliedern der RC und anderer sanktionierter Parteien mit diversen linken und indigenen Gruppen. Möglicherweise ergeben sich daraus neue Dynamiken, welche die teilweise seit Jahren bestehenden Verfeindungen überwinden helfen. Oder es gelingt Noboa, sein autoritäres, oligarchisches Projekt auf lokaler Ebene zu vertiefen. Ecuadorianische Wähler*innen waren in der Vergangenheit immer für Überraschungen gut.

113 https://www.expreso.ec/justicia/aquiles-alvarez-falla-favor-termina-sancionado-consejo-judicatura-290987.html.

114 https://www.expreso.ec/politica/osvaldo-hurtado-responde-ataques-adn-limitaciones-severas-semi-analfabetos-290965.html.



Begegnung zweier Ultrarechter: Milei und Thiel im argentinischen Präsidentschaftspalast im April 2026. Quelle: Oficina del Presidente / X

3. Kettensäge gegen die Freiheit

Frederic Schnatterer

Das Barrio Parque in Buenos Aires hält, was sein Name verspricht. In unmittelbarer Nähe des Viertels befinden sich weitläufige Grünanlagen. Die geschwungenen Straßen sind aufgeräumt und sauber. Die neoklassizistischen Villen strahlen die Pracht aus, in der der wohlhabende Teil der Bevölkerung Argentiniens zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte. Und noch heute wohnen hier die Reichen – seit April auch der Tech-Milliardär Peter Thiel. Zwölf Millionen Dollar soll der US-Amerikaner, der in Frankfurt am Main zur Welt kam, laut Medienberichten für die Villa mit sechs Schlafzimmern ausgegeben haben. Bei sich hatte er seinen Ehemann Matt Danzeisen, die gemeinsamen Töchter und einen Stab an Beratern und Sicherheitspersonal.

Seit Medien den Kauf bekannt gemacht haben, wird öffentlich über die Motivation für und die Dauer von Thiels Aufenthalt gerätselt. Der Milliardär, der unter anderem als Investor von Paypal, Facebook und der Überwachungssoftware Palantir reich wurde, sei vor einer im US-Bundesstaat Kalifornien drohenden Reichensteuer geflohen, mutmaßte die *New York Times*.[115] Ein Vertrauter des Unternehmers legte nahe, Thiel habe Angst vor dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs. Seine Annahme: In Argentinien werde er in dem Fall allein aufgrund der geografischen Lage sicherer sein als in den Vereinigten Staaten. Andere Medien sprechen davon, dass es sich nur um einen temporären Aufenthalt handle.

Abseits der Spekulationen gibt es handfeste Gründe dafür, dass Thiel gerade Argentinien für seinen Aufenthalt gewählt hat. Und die haben viel mit dem rechts-autoritären Experiment von Präsident Javier Milei zu tun, der seit Dezember 2023 Staatschef des Landes ist. Es bietet Unternehmer*innen und Investor*innen wie Thiel großartige Aussichten auf Geschäft und Profit. Hinzu kommt die ideologische Nähe von Thiel zu Milei, der sich als Anarchokapitalisten und Libertären bezeichnet, gleichzeitig jedoch auf einen starken Repressionsapparat setzt. Auch Thiel poltert gegen staatliche Einflussnahme, während er staatliche Gelder für seine Milliardengeschäfte gerne annimmt. Argentinien könnte mit seiner Hilfe nun zu einem weiteren Experimentierfeld für die Überwachungsphantasien der internationalen Ultrarechten werden.

Das Land scheint wie geschaffen für Thiels Geschäftstätigkeiten. In Zeiten rasanter Entwicklung von Software und Künstlicher Intelligenz werden in Zukunft immer mehr Rechenzentren benötigt. Solche brauchen günstige Energie, um die Rechner zu kühlen. Die weitläufigen Landschaften in Patagonien eignen sich hervorragend für derlei Vorhaben. Milei und seine Regierung planen, den Bau von Rechenzentren im Süden Argentiniens zu fördern. Hinzu kommt der Rohstoffreichtum des Landes. Bereits seit 2023 ist Thiel mit der Firma Crusoe Energy Systems an der Ausbeutung des riesigen Gas- und Ölschieferfeldes Vaca Muerta im nördlichen Patagonien aktiv.[116] Und Thiel ist nicht irgendein Unternehmer. Der Milliardär bewegt sich schon lang in rechts-libertären Kreisen. 2009 schrieb er in einem Essay: „Ich glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie vereinbar sind."[117] Er unterstützt die US-Regierung von Donald Trump, besonders zum Vizepräsidenten J. D. Vance unterhält er eine enge Beziehung. 2024 lernte er Milei das erste Mal persönlich kennen. Nach einem erneuten Treffen im April 2026 im Präsidentschaftspalast Casa Rosada in Buenos Aires schwärmte der argentinische Staatschef in einem Streaming-Kanal, es sei die „Begegnung eines Anarchokapitalisten mit einem anderen Anarchokapitalisten" gewesen.[118]

Nur wenige Tage vor dem Treffen von Milei und Thiel hatte das Software-Unternehmen Palantir in sozialen Medien 22 Thesen veröffentlicht, die von einigen als „Manifest" für einen

115 https://www.nytimes.com/2026/05/28/world/americas/peter-thiel-argentina.html.
116 https://www.ft.com/content/dbda689a-d3a7-4441-8dec-93042ca619a9?syn-25a6b1a6=1.
117 https://www.cato-unbound.org/2009/04/13/peter-thiel/education-libertarian/.
118 https://www.youtube.com/watch?v=3dmJWcIgNA4.



Die Mapuche-Gemeinde Lof Wirkalew lebt in der Ortschaft Sauzal Bonito, die im Gas- und Ölschieferfeld Vaca Muerta liegt. Seit Jahren protestieren die dort ansässigen Indigenen Mapuche gegen Fracking und Umweltzerstörung in ihren Territorien. Quelle: Manuela Wilhelm

Techno-Faschismus gelesen wurden.[119] Darin heißt es, die „Grenzen der Softpower, der bloßen hochfliegenden Rhetorik", seien „offengelegt worden". „Damit sich freie und demokratische Gesellschaften durchsetzen können, bedarf es mehr als nur moralischer Appelle." Der CEO des Unternehmens, Alex Karp, plädiert daher für die Anwendung von „harter Macht, und harte Macht wird in diesem Jahrhundert auf Software basieren".

Auch wenn der Inhalt der Unterredung zwischen Milei und Thiel in der Casa Rosada geheim gehalten wurde: Neben möglichen Investitionen in die Entwicklung von Rechenzentren und in die Agrarindustrie des Landes könnte es dabei auch um den Einstieg von Palantir in den argentinischen Geheimdienst SIDE gegangen sein. Wie *Deutsche Welle* berichtete, traf sich Thiel auch direkt mit SIDE-Angestellten.[120] Medien mutmaßten, dass das Unternehmen in dem südamerikanischen Land Zugriff auf Personenregister bekommen könnte. Wie in den USA, wo die Einwanderungsbehörde ICE die Software für ihre Jagd auf Migrant*innen nutzt, könnte Palantir in Argentinien so die staatliche Überwachung auf ein beängstigendes neues Niveau heben.

Freiheit für wen?

Vor seinem Sieg in der Stichwahl im November 2023 saß Milei für zwei Jahre als Abgeordneter im Parlament. Seine politische Karriere fußt auf der angeblichen Verteidigung von Freiheit; einer seiner bekanntesten Aussprüche ist „¡Que viva la libertad, carajo!" („Es lebe die Freiheit, verdammt!"). Wie auch in anderen Teilen der Welt ist es den Rechten in Argentinien gelungen, die Oberhand über den politisch umkämpften Begriff der Freiheit zu gewinnen. Einen wichtigen Anteil daran hatte die Corona-Pandemie, während der sie die Einschränkung von Bürger*innenrechten zur Eindämmung des Infektionsgeschehens kritisierten. So schafften es Figuren wie Milei, sich als „Rebellen" gegen das Establishment und den angeblich progressiven Mainstream zu inszenieren. Den Umstand, dass er nicht aus dem traditionellen Politikbetrieb stammt, nutzt Milei, um von sich das Bild eines Außenseiters zu zeichnen. Die von ihm im Wahlkampf in die Höhe gereckte Kettensäge symbolisierte den Wunsch vieler Argentinier*innen, auf disruptive Weise mit dem Alten zu brechen. Seine vermeintliche Expertise als Wirtschaftswissenschaftler verhalf ihm in Zeiten tiefer Wirtschaftskrise zu Glaubhaftigkeit.

Was Milei und Konsort*innen unter Freiheit verstehen, hat indes mit einer Ausweitung von Bürger*innenrechten, demokratischer Teilhabe oder gar sozialer Absicherung nichts zu tun. Ebenso wie Thiel sind sie der Überzeugung, dass Freiheit zuvorderst wirtschaftlich definiert sein muss. Ihnen geht es darum, von Regularien und Vorschriften sowie Arbeiter*innenrechten befreit Geschäfte machen zu können. Staatliche Einmischung oder demokratische Kontrolle sind dabei störend; Neoliberale und Libertäre sehen solche gar als Vorstufe zum Sozialismus und damit zum Totalitarismus.

Milei bezeichnet sich als Anarchokapitalisten. Den Staat nannte er gegenüber dem britischen *Economist* eine „kriminelle Organisation, eine gewalttätige Organisation, die davon lebt, ehrliche Menschen zu bestehlen".[121] Daher müsse er abgeschafft werden. Bereits im Amt, erklärte sich der Präsident zum „Maulwurf, der den Staat von innen heraus zerstört".[122] Abseits solcher Rhetorik handelt Milei jedoch wie ein Minarchist: Dem Staat wird dabei eine „kleine Autorität" zugestanden, die auf das „notwendige Minimum" reduziert ist. Seine Aufgabe besteht darin, für „Sicherheit" zu sorgen und Recht zu sprechen. Milei steht für einen Verwaltungsapparat, der der „freien Wirtschaft" untergeordnet ist, und über einen starken Repressionsapparat verfügt.

Unterfüttert von der mantraartig vorgetragenen Behauptung, der Staat lebe über seine Verhältnisse („No hay plata – Es gibt keine Kohle"), ging die Milei-Regierung rasch nach ihrem Amtsantritt daran, Ausgaben zu kürzen. Noch im Dezember 2023 machte der Präsident neun Ministerien dicht, darunter politisch missliebige Ressorts wie das für Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie das für Frauen, Gender und Diversität. Dem Kürzungswahn fielen zudem Subventionen für Transport, Gas, Strom und Wasser zum Opfer. Im öffentlichen Dienst sowie in staatlichen Unternehmen wurden zehntausende Stellen gestrichen. Die Maßnahmen trafen in besonderem Maße die ohnehin Benachteiligten.

Verschärft wurde die Lage durch die heftige Abwertung der Landeswährung Peso durch Wirtschaftsminister Luis Caputo noch im Dezember 2023 um mehr als 50 Prozent.[123] Von einem Tag auf den anderen verloren die Realeinkommen der Bevölkerung drastisch an Wert. Argentinien stand zwischenzeitlich am Rande einer Hyperinflationskrise. Der Schritt muss als Teil einer Schocktherapie verstanden werden, wie sie der neoliberale Vordenker Milton Friedman 1975 für Chile unter der Militärdiktatur von Augusto Pinochet (1973–1990) gefordert hatte. Der in großen Teilen der Bevölkerung ausgelöste Schock, so die Idee, soll es den Herrschenden erleichtern, (normalerweise) unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen.

119 https://x.com/PalantirTech/status/2045574398573453312.

120 https://www.facebook.com/dw.espanol/videos/palantir-se-expande-en-sudam%C3%A9rica-peter-thiel-de-visita-en-argentina-acuerdos-co/1460264385033117/.

121 https://www.economist.com/the-americas/2024/11/28/an-interview-with-javier-milei-argentinas-p.

122 https://www.thefp.com/p/bari-weiss-argentina-president-javier-milei.

123 https://www.spiegel.de/ausland/argentinien-neue-regierung-wertet-landeswaehrung-peso-um-50-prozent-ab-a-e81a6512-a114-4040-ab95-346372b5aab1.



„Es gibt keine Kohle“ – Die Kettensäge als Symbol für Mileis Politik.
Quelle: Frederic Schnatterer

Die Beschneidung der staatlichen Aus- und Aufgaben durch die Milei-Regierung ist als Kampf gegen Arme und Bedürftige selbst zu verstehen. Sie sollen diszipliniert werden und in Zukunft nicht einmal auf die Idee kommen, sich Unterstützung durch den Staat zu erhoffen. Ihre Leben werden stattdessen den Mechanismen des freien Marktes unterworfen, Privatunternehmen erschließen neue Geschäftsfelder, oftmals im Bereich der sozialen Reproduktion. Soziale Gerechtigkeit wird hingegen als verwerflich dargestellt. Im Juli 2025 erklärte Milei bei der Eröffnung einer evangelikalen Kirche im nördlichen Chaco, das Ideal der sozialen Gerechtigkeit gleiche „einem der Viren, die sie den Menschen in den Kopf gepflanzt haben“. Und schob die Frage nach: „Seit wann ist Neid keine Kardinalsünde mehr, sondern eine Tugend?“.[124]

Milei will die Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Markt grundlegend verändern – zugunsten von letzterem. Dafür legt seine Regierung bei einer Vielzahl von Gesetzen, die das Kapital als störend empfindet, die sprichwörtliche Kettensäge an. Ein drastisches Beispiel ist das Dekret „de necesidad y urgencia“ (DNU 70/23), das ursprünglich 366 Einzelmaßnahmen beinhaltete und nur wenige Tage nach dem Amtsantritt der Regierung eingebracht wurde. Gleiches gilt für das sogenannte Omnibusgesetz, das in 644 Artikeln weitreichende Änderungen vorsah, darunter antidemokratische Maßgaben wie eine erhebliche Einschränkung des Demonstrationsrechts sowie die Übertragung einer uneingeschränkten Vollmacht an den Präsidenten, bis Ende 2025 per Dekret regieren zu können.

Durchsetzen konnte die Regierung weder das eine noch das andere Paket. Erst im Juni 2024 gelang ihr mit dem Gesetz „Ley Bases y Puntos de Partida para la Libertad de los Argentinos“ der Durchbruch, als das Parlament dem Vorhaben zustimmte. Es gilt als überarbeitete Version des Omnibusgesetzes: Von den ursprünglich mehr als 600 Artikeln blieben 234 bestehen. Die Vollmacht für den Präsidenten, per Dekret zu regieren, wurde auf ein Jahr sowie die Bereiche Verwaltung, Wirtschaft, Energie und Finanzen reduziert. Seitdem hat Milei Dutzende Dekrete erlassen, die auf eine veränderte Rolle des Staates in wichtigen Gesellschaftsbereichen abzielen, darunter im Außenhandel, im Transportwesen, im Flugverkehr, im Bankwesen und im Gesundheitssystem.

Angriff auf Arbeitsrechte

Hinzu kommen Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeitsrechte, die der Regierung ein besonders großer Dorn im Auge sind. Bereits im DNU 70/23 hatte sie versucht, das Streikrecht praktisch auszuhebeln, was letztlich von einem Arbeitsgericht kassiert wurde. Im Rahmen des Ley Bases wurde die Position von Lohnabhängigen deutlich geschwächt. So wurde die Probezeit verlängert, das System der Abfindungszahlungen aufgeweicht und vermeintlich Selbständigen ermöglicht, bis zu drei Mitarbeiter*innen einzustellen, die ebenfalls als Selbstständige gelten. Als solche bleiben ihnen elementare Angestelltenrechte verwehrt.

Darum geht es der Milei-Regierung im Verbund mit den Kapitalvertreter*innen. Sie wollen die gesetzlich garantierten Rechte für Arbeiter*innen und Angestellte auf ein Minimum reduzieren. Ihren größten Erfolg in der Richtung verbuchte die Regierung Anfang 2026, als sie das sogenannte „Gesetz zur Arbeitsmodernisierung“ („Ley de modernización laboral“) durchs Parlament brachte.[125] Es sieht unter anderem Arbeitstage von bis zu zwölf Stunden, die Einrichtung eines Fonds für Abfindungszahlungen, der durch Kürzungen der Sozialversicherungsbeiträge finanziert wird, sowie das Ende der obligatorischen Bezahlung von Überstunden vor. Auch das Streikrecht schränkt es erheblich ein. Bereiche wie der Gesundheits- oder Bildungssektor, das Verkehrswesen oder die Energiewirtschaft werden als „essenziell“ definiert. In ihnen muss demnach garantiert sein, dass 75 Prozent der normalen Aktivität aufrechterhalten werden. In Bereichen wie der Lebensmittelproduktion, dem Bergbau oder für den Exportsektor wichtigen Industrien gilt dasselbe für 50 Prozent der Aktivität. Arbeitsniederlegungen werden so ihres Sinnes, den Betrieb stillzulegen, beraubt.

Begründet wird der Angriff von Seiten der Regierung einerseits damit, dass die „Privilegien“ der „Gewerkschaftskaste“ beschnitten werden müssten, die auf Kosten der hart arbeitenden Bevölkerung lebe. Andererseits solle die Gesetzesänderung den Arbeitsmarkt, wie er in Argentinien herrscht, „modernisieren“. Tatsächlich weist dessen Struktur große Probleme auf. In Argentinien arbeitet rund die Hälfte der Erwerbstätigen im sogenannten informellen Sektor, in dem sowohl Einkommensniveau als auch Zugang zu Arbeitsrechten deutlich niedriger sind. Allerdings wird das neue Arbeitsgesetz nicht die informell Tätigen in den formellen Sektor bringen, sondern vielmehr die gegenteilige Tendenz auslösen.

Mit Polizei und Spitzeln

Um die durchaus unpopulären Maßnahmen durchzusetzen, wurde Protest erschwert und kriminalisiert. Direkt dafür verantwortlich zeichnete zunächst Patricia Bullrich, die in den ersten zwei Jahren der Milei-Regierung – wie schon unter dem Rechtskonservativen Mauricio Macri (2015–2019) – als „Sicherheitsministerin“ fungierte und die autoritäre Flanke des Experiments gestaltete. Gerade einmal vier Tage im Amt, veröffentlichte ihr Ministerium das sogenannte „Protocolo Anti-*Piquetes*“ (Anti-Straßenblockadenprotokoll). Dieses ist dabei mehr als nur eine Handlungsanweisung an die Polizeikräfte.

124 https://www.youtube.com/shorts/aOhUZLoS7sA.

125 Auch ein Generalstreik der Gewerkschaften war nicht in der Lage, den Rückschritt zu verhindern. Seitdem setzen die Interessenvertretungen darauf, einzelne Kapitel des neuen Arbeitsgesetzes gerichtlich anzufechten.

Bei ihm handelte es sich um das erste normative Zeugnis der sich im Aufbau befindlichen neuen repressiven Ordnung des autoritär-neoliberalen Gesellschaftsprojekts.

Das Protokoll soll dazu dienen, die „öffentliche Ordnung" wieder herzustellen, die von den zuvor weitverbreiteten *Piquetes*, also Straßenblockaden, gestört werde. Dafür schränkt die Maßgabe das Versammlungsrecht erheblich ein: Es stellt Blockaden von Straßen und anderen Verkehrsadern unter Strafe, Demonstrationen müssen vorher angemeldet werden. Auch wenn ein Bundesgericht das Protokoll Ende 2025 für verfassungswidrig erklärte, ist es weiter in Kraft, nachdem die Regierung Einspruch gegen die Entscheidung einlegte. Die Folgen der Maßgabe sind erheblich. Berichte von Nichtregierungsorganisationen wie der Comisión Provincial de la Memoria (Provinzkommission für die Erinnerung) weisen darauf hin, dass Demonstrationen heute deutlich häufiger von Polizeikräften angegriffen werden. Verletzungen von Protestierenden und Festnahmen hätten dabei erheblich zugenommen. Die Autor*innen der Studien kommen daher zu dem Schluss, dass es sich „um eine systematische Praxis" handle, der „ein politischer Plan zugrunde" liege. Der Regierung gehe es darum, „die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und öffentliche Demonstrationen bestimmter Bevölkerungsgruppen, sozialer, politischer und gewerkschaftlicher Bewegungen und besonders schutzbedürftiger Gruppen einzuschränken".[126]

Milei steht nicht für weniger, sondern für einen umgebauten Staat. Während Sozialausgaben massiv gekürzt werden, wird der Repressionsapparat ausgebaut und die Befugnisse für Polizei und Geheimdienste ausgeweitet. Anfang 2025 beschloss das Parlament ein „Anti-Mafia-Gesetz". Es erlaubt der Bundespolizei die Einrichtung von „Sonderermittlungszonen", um die Drogenkriminalität zu bekämpfen. In diesen dürfen Polizist*innen und Justizbeamt*innen beispielsweise Wohnungen und Häuser durchsuchen und Personen kurzzeitig festnehmen, ohne dass dafür richterliche Beschlüsse notwendig sind. Solche Zonen liegen meist in marginalisierten Stadtvierteln, in denen mit illegalisierten Substanzen gehandelt wird.

Einige Monate später ordnete Milei per Dekret an, dass Polizist*innen Personen überall ohne richterliche Anordnung für eine Dauer von bis zu zehn Stunden festhalten dürfen, „sofern hinreichende Gründe vorliegen, die den Verdacht begründen, dass jemand eine Straftat begangen hat oder begehen könnte und seine Identität nicht zuverlässig beweisen kann".[127] Auch im digitalen Raum wird die Überwachung ermöglicht. Webseiten, Internetplattformen und soziale Medien dürfen laut dem im Juni 2025 beschlossenen Gesetz zur Online-Überwachung „Ley Ciberpatrullaje" vorsorglich und breit durchforstet werden.

Nur sieben Monate im Amt, gab Milei dem Geheimdienst seinen unter anderem während der Militärdiktatur (1976-1983) genutzten Namen SIDE (Secretaría de Inteligencia de Estado) wieder und strukturierte ihn um. Zum Neujahr 2026 erließ er ein weiteres Dekret, das die Befugnisse für den Geheimdienst erheblich erweitert. Alle seine Aktivitäten sollen fortan verdeckt erfolgen können. Agent*innen dürfen Personen ohne Haftbefehl festhalten. Zur Unterstützung der eigenen Arbeit soll der SIDE die Streitkräfte für Inlandseinsätze anfordern können. Auf der Plattform X erklärte der Geheimdienst, man strebe „ein modernes, professionelles und effizientes nationales Nachrichtendienstsystem" an, „das den höchsten demokratischen und republikanischen Standards entspricht." Das sei angesichts der „aktuellen globalen Herausforderungen" und der „neuen Rolle, die die Argentinische Republik unter der Führung von Präsident Javier G. Milei auf der Weltbühne einnimmt", nötig.[128] Die Gefahr, dass der Geheimdienst auch zur Überwachung Oppositioneller und unliebsamer Personen genutzt wird, ist groß. Ende Mai 2025 veröffentlichte die argentinische Tageszeitung *La Nación* die Richtlinien des Nationalen Geheimdienstplans.[129] In diesem, heißt es, werde die „Identifizierung und Überwachung" von Bevölkerungsgruppen und nichtstaatlichen Akteuren angeordnet, die die „zunehmende politische Polarisierung ausnutzen könnten, um ihren Einfluss" auszuweiten. Als weitere Gründe für die Überwachungsmaßnahmen werden die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu staatlichen Sicherheitsstrategien wie das Vorgehen gegen Straßenblockaden, oder aber die Untergrabung des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik der Regierung genannt. So würden praktisch alle Bürger*innen, insbesondere jedoch Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen zu einem legitimen Ziel der Geheimdienste.

Kulturkampf aus dem Präsidentschaftspalast

Um das von Milei angestrebte ultraliberale Wirtschaftsprojekt durchzusetzen, sind unbedingt autoritäre Verhältnisse notwendig. Diese äußern sich nicht nur in direkter Repression. Die argentinische Rechte – ebenso wie ihre internationalen Stichwortgeber – setzt auf einen Kulturkampf. Mit diesem soll ihren Vorstellungen einer vereinzelten und unsolidarischen Gesellschaft zu Legitimität verholfen werden.

Rechte Kulturkämpfer*innen gehen davon aus, dass die (liberale) Rechte sich in den vergangenen Jahrzehnten zwar wirtschaftlich weitgehend durchsetzen konnte. Auf der kulturellen Ebene seien heute allerdings die Linken und „Kulturmarxisten" dominant oder sogar „hegemonial". Dagegen müsse angegangen und die „kulturelle Hegemonie" erkämpft werden – ein Konzept, das vom italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891–1937) entlehnt wurde. Die Feindbilder sind in dieser Erzählung vielfältig: die politische Kaste, der Globalismus, der Wokeismus, das mediale Establishment, der Feminismus, die Genderideologie, der Klimaschutz usw.

Hatte Milei vor seinem Einstieg in die Politik nahezu monothematisch über Wirtschaftsfragen gesprochen, adaptierte er mit der Zeit das Konzept des Kulturkampfs. Immer öfter nahm er Narrative auf, deren Ursprünge in ultrarechten Kreisen liegen. Dazu gehören ein verschwörungsideologischer Anti-Kommunismus, frauenfeindliche und homophobe Ausfälle, die Klage über eine angeblich herrschende politische Korrektheit und allgemein reaktionäre Tiraden. Das hat sich nicht ge-

126 Comisión provincial por la Memoria (2025): Segundo informe especial: Monitoreo de la represión de las fuerzas de seguridad a las manifestaciones públicas – primer semestre 2025. S. 43: https://www.comisionporlamemoria.org/project/informe-especial-represion-de-las-fuerzas-de-seguridad-a-las-manifestaciones-publicas/.

127 https://apnews.com/article/argentina-milei-policia-reforma-delincuencia-2dac02c989041eb619bdb7cf2f2a735c.

128 https://www.pagina12.com.ar/2026/01/02/el-comunicado-de-la-side-en-defensa-de-las-reformas-de-milei-en-inteligencia/.

129 https://www.lanacion.com.ar/politica/la-side-pone-la-mira-en-quienes-manipulen-la-opinion-publica-o-erosionen-la-confianza-en-los-nid25052025/.



Ni Una Menos - Proteste gegen Femizide in Santa Fé, 8. März 2018.
Quelle: Gabriela Carvalho PH via Wikimedia Commons CC BY-SA 4.0 Deed



„Raus mit der korrupten Regierung“ - Jeden Mittwoch protestieren Rentner*innen vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires. Quelle: Frederic Schnatterer

ändert, seit er an der Spitze des Staates steht. Vielmehr hat der Kulturkampf in Argentinien offiziellen Status erreicht und wird in Regierungspolitik übersetzt. Wichtige Akteure der Neuen Rechten haben Stellen im Staatsapparat oder in dessen Umfeld bekommen.

Wichtig für den Kulturkampf sind Medien. Die Website *La Derecha Diario* steht der Regierung nahe und organisierte bereits mehrmals das La Derecha Fest – „das anti-linkeste Event der Welt“ („el evento más anti-zurdo del mundo“) –, auf dem Regierungsmitglieder auftraten. Influencer*innen und Social-Media-Expert*innen wie el Gordo Dan oder Iñaki Gutiérrez arbeiten mit der Administration zusammen und verbreiten dieser genehme Inhalte im Internet. Unabhängige Medienschaffende haben es in Argentinien hingegen zunehmend schwer.

Milei hat Journalist*innen zu den Feinden der „anständigen Argentinier“ („Argentinos de bien“) erklärt. Regelmäßig erklärt er: „Wir hassen die Journalisten nicht genug.“ Allein während seines ersten Jahres an der Regierung attackierte der Präsident die Presse laut einer Zählung von *La Nación* 410 Mal. Mehr als 60 Journalist*innen nannte er dabei namentlich.[130] Zum internationalen Tag der Pressefreiheit 2025 erklärte die Organisation Reporter ohne Grenzen, Argentinien drifte zunehmend in den Autoritarismus ab, vermehrt komme es zu „körperlichen Angriffen auf Pressevertreter*innen“. Weiter heißt es: „Präsident Javier Milei hat Journalist*innen stigmatisiert, öffentliche Medien demontiert und staatliche Werbung als Waffe eingesetzt.“[131]

Ebenso wie die Protestierenden, werden auch Journalist*innen auf Demonstrationen vermehrt von der Polizei angegangen. Das beeinträchtigt ihre Möglichkeit, unabhängig zu berichten. Schon zu Beginn ihrer Amtszeit schloss die Regierung die staatliche Nachrichtenagentur Télam, andere öffentliche Medien wurden systematisch entkernt. Weitere unliebsame Medien sind durch den gezielten Entzug staatlich finanzierter Werbeanzeigen in ihrer Finanzierung eingeschränkt. Zuletzt setzte die Regierung auf die breite Aussperrung von Pressevertreter*innen – ein Beispiel dafür ist das Treffen von Milei und Thiel im April. Ziel dessen ist es, die Arbeit unabhängiger Journalist*innen zu erschweren. So soll verhindert werden, dass unbequeme Nachrichten an die Öffentlichkeit kommen oder Regierungsdarstellungen angemessen geprüft werden.

Auch an anderer Stelle materialisiert sich der Kulturkampf in der Regierungspolitik. Milei löste sein Wahlversprechen ein und das 2019 geschaffene Ministerium für Frauen, Gender und Vielfalt auf. Nahezu alle staatlichen Hilfsleistungen für gewaltbetroffene Frauen wurden zusammengestrichen oder ganz abgeschafft. Selbst den Straftatbestand Femizid,[132] der 2012 eingeführt wurde, möchte die Regierung wieder abschaffen. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, das Ende 2020 nach langen Kämpfen feministischer Bewegungen eingeführt wurde, hat sie sich hingegen noch nicht getraut, anzutasten.

Dass die Milei-Regierung es auch und gerade auf die feministische Bewegung abgesehen hat, liegt nicht zuletzt an deren weiter großen Basis und ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Als der Präsident im Februar 2025 auf dem sogenannten Weltwirtschaftsforum im Schweizerischen Davos Homosexualität in die Nähe von Pädophilie rückte, war es unter anderem die feministische Bewegung, die innerhalb kurzer Zeit Hunderttausende zu einem „antifaschistischen und antirassistischen Marsch“ in Buenos Aires mobilisierte. Am 3. Juni 2026 demonstrierte die landesweite Bewegung *Ni una menos* (nicht eine weniger) unter dem Motto „Wir wollen uns lebend, frei und unverschuldet“ im ganzen Land erneut ihre Stärke.

Auch die in Argentinien historisch starke Menschenrechtsbewegung sieht sich Angriffen ausgesetzt. 50 Jahre nach dem Militärputsch vom 24. März 1976, der die verbrecherische Diktatur einleitete, kämpft sie gegen die Verharmlosung des Staatsterrorismus und eine Neuschreibung der Erinnerungspolitik. Teile der Regierung stellen zuvor breit geteilte Gewissheiten in Frage und stellen ihnen eine andere Sichtweise entgegen. Das geschieht nicht zuletzt unter dem Begriff der „vollständigen Geschichte“ („historia completa“) – die Behauptung, die Diktatur habe ihre Vorgeschichte in der politischen Gewalt der 1970er Jahre und sei notwendig gewesen, um die Ordnung wiederherzustellen. So soll ein neues Narrativ etabliert werden. Die Repression gegen Andersdenkende wird so nicht nur verharmlost, sondern mithin als notwendig im Konflikt gegen die subversiven Gruppen dargestellt. Diese Recht-

130 https://latamjournalismreview.org/es/articles/con-ia-y-un-equipo-interdisciplinario-la-nacion-de-argentina-encuentra-patrones-sorprendentes-en-el-discurso-de-milei/.

131 https://www.filo.news/noticia/2025/05/02/reporteros-sin-fronteras-advirtio-por-un-deterioro-de-la-libertad-de-expresion-en-argentina.

132 Der Begriff „Femizid“ bezeichnet die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Er soll unter anderem verdeutlichen, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass diese Morde auf strukturellen Machtverhältnissen, Ungleichheiten und patriarchalen Rollenbildern gründen.



Milei, der treue Untertan von Trump und Musk.
Quelle: Gobierno argentino via Wikimedia Commons, CC BY 4.0

fertigung mit dem Argument, bei diesen habe es sich schließlich um „Terroristen“ gehandelt, zielt auch darauf ab, den Boden für gegenwärtige Repression zu bereiten. Auch heute bezeichnen Regierungsmitglieder Protestierende und Oppositionelle immer wieder als „Terroristen“. Die Regierung definanziert Erinnerungsorte und Institutionen der Aufarbeitung der Verbrechen, darunter die Comisión Nacional por el Derecho a la Identidad – Conadi (Nationale Kommission für das Recht auf Identität) sowie die Nationalbank für genetische Daten. Beide sind für das Auffinden von während der Diktatur verschleppten Menschen fundamental. Die Massenmobilisierungen zum 50. Jahrestag des Putsches 2026 zeigen allerdings, wie stark verankert der Konsens des „Nie wieder“ in der argentinischen Gesellschaft weiterhin ist.

Die internationale Strahlkraft

Der von der Milei-Regierung vom Zaun gebrochene Kulturkampf verfolgt das Ziel, die brutalen Folgen des ultraliberalen Kapitalismus langfristig zu legitimieren und zu festigen. Grausamkeit soll normalisiert und Spannungen und Konflikte innerhalb der Gesellschaft geschürt werden. Statt die Herrschenden für Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten verantwortlich zu machen, soll sich die Wut gegen den Nachbarn, die Arbeitskollegin oder die Person richten, die anders aussieht, anders lebt oder anders denkt. Kombiniert wird diese Grausamkeit mit autoritären Verhältnissen, die sich – zumindest bisher – im bürgerlich-demokratischen Rahmen bewegen. Das macht das Projekt der argentinischen Rechten auch international interessant. Milei hat – zumindest vorerst – gezeigt, dass die bürgerlich-demokratischen Spielregeln heute nicht außer Kraft gesetzt werden müssen, um ultraliberale Politik durchzusetzen. Konservative und Rechte aus anderen Ländern beobachten genau, wie weit er gehen kann, ohne seine Regierungsfähigkeit zu gefährden. Milei ist international zu einem Vorreiter der an Stärke gewinnenden Ultrarechten geworden. Bei entsprechenden Treffen wie der Conservative Political Action Conference (CPAC) aus dem Umfeld der US-Republikaner*innen oder des Forum Madrid der Vox-Stiftung Disenso wirbt er für eine „rechte Internationale“. Das Netz an Stiftungen und Thinktanks, die der Milei-Regierung nahestehen oder ihr heute angehörende Politiker*innen früher unterstützt haben, ist breit und international.

Und: Die Milei-Regierung kann sich auf internationale Unterstützung verlassen. Die Zwischenwahlen im Oktober 2025, bei der die Hälfte der Sitze im Abgeordnetenhaus und ein Drittel der Sitze im Senat neu bestimmt wurde, hat sie deutlich gewonnen. Der Erfolg geht nicht zuletzt auf die Erpressung der Wähler*innen durch die US-Regierung zurück, die wichtige Geldflüsse an einen Sieg der Milei-Partei La Libertad Avanza knüpfte. Das Interesse Washingtons rührt aus der Bedeutung des argentinischen Staatschef, die gerade auf regionaler Ebene nicht zu unterschätzen ist. Milei verfolgt erklärtermaßen das Ziel, einen „regionalen Block gegen das sozialistische Krebsgeschwür“ anzuführen. In Zeiten zunehmender imperialistischer US-Aggression gegen Lateinamerika in der zweiten Amtszeit von Präsident Donald Trump kommt Argentinien als treuem Untertanen die Rolle zu, links-progressive Akteure in der Region zu torpedieren und US-Interessen durchzusetzen. Das geschieht unter anderem dadurch, dass jegliches Souveränitätsbestreben lateinamerikanischer Staaten gegenüber Washington versucht wird zu boykottieren.

Trotzdem gibt es durchaus Proteste gegen Regierungsentscheidungen, die Einschränkung von Rechten oder andere Attacken. Zu einem Symbol wurden die Proteste von Rentner*innen, die jeden Mittwoch vor dem Kongressgebäude für eine Erhöhung ihrer Bezüge demonstrieren. Auch Studierende, Angestellte des Kinderkrankenhauses Garrahan und Gewerkschafter*innen gehen regelmäßig auf die Straße. Zu einer wirklichen Gefahr für Milei wurden die Proteste bisher allerdings nicht.



„Das historische Dorf Tinta: Wiege der amerikanischen Revolution". Proteste gegen Dina Boluarte und die Absetzung von Pedro Castillo im Februar 2023.
Quelle: Hildegard Willer

4. Das Erbe des Fujimorismo in Peru

Hildegard Willer

Mariela Quispe senkt ihre Stimme und schaut sich furchtsam um, bevor sie von jenem 9. Januar 2023 spricht, als Polizei und Militär 19 Demonstrant*innen erschossen. Als Polizeihubschrauber über die Großstadt Juliaca kreisten, als ob sie im Krieg wären, und die Bevölkerung des Südandendepartaments Puno, die Feinde der Nation. Dabei haben die Bewohner*innen von Puno nur gegen die Absetzung des Präsidenten Pedro Castillo demonstriert. Drei Jahre ist das nun her, der Schock sitzt tief, die Angst vor Repressalien ist immer noch spürbar. Wer damals demonstriert oder etwas Kritisches gesagt hat, sei des Terrorismus bezichtigt oder sogar angeklagt geworden, erzählt Mariela. Sie flüstert, will auch nicht fotografiert werden. Die 29-jährige verkauft Kräuter für traditionelle Heilbehandlungen auf dem Markt von Juliaca. Psychologie hatte sie studiert, bis Corona kam. Die lange Quarantäne fraß all ihre Ersparnisse. Anstatt zur Uni zu gehen, hilft sie ihrer Mutter nun beim Verkauf von Aloe Vera, Kokablättern und Weinrauten.

Anden gegen Stadt

Marielas Muttersprache ist Quechua, auch wenn ihr das Spanisch leicht von den Lippen kommt. In den südlichen Anden Perus sind indigene Traditionen noch lebendig. Frauen mit langen Zöpfen und mehreren übereinander getragenen Wollröcken trotzen der Kälte auf fast 4.000 Meter Höhe. Viele Menschen ernähren sich von der Landwirtschaft auf kargen Ackerflächen, auch wenn die jüngeren Generationen zunehmend in die Stadt abwandern. Knapp 30 Prozent der peruanischen Bevölkerung lebt in Dörfern und Städten der Andenkordillere, die meisten indigener Abstammung. Sie stellten die Wähler*innenschaft des linken Präsidenten Pedro Castillo, der 2022 wegen eines Versuch, das Parlament zu schließen, zuerst abgesetzt und dann inhaftiert wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen 2026 vertrat der Linke Roberto Sánchez die Wähler*innen der Sierra, wie die Anden in Peru genannt werden. Die städtische Bevölkerung und die Hauptstadt Lima dagegen wählte mehrheitlich den ultrarechten Donald-Trump-Verschnitt und ehemaligen Bürgermeister Limas, Rafael López Aliaga, wegen seiner roten Bäckchen „Porky" genannt. Oder Keiko Fujimori, die bereits zum vierten Mal antrat.

Die drei waren die aussichtsreichsten Kandidat*innen unter den 22 Männern und vier Frauen, die sich um die Präsidentschaft bewarben. Aufgrund der Fülle an Kandidat*innen waren die Ergebnisse der ersten Wahlrunde dementsprechend verzettelt. Fujimori und Sánchez gelangten mit 17, bzw. 12 Prozent der Wahlstimmen in die Stichwahl. Der ultrarechte López Aliaga wurde knapp Dritter und war damit aus dem Rennen. Die Mehrheit der Peruaner*innen allerdings musste sich in der Stichwahl zwischen zwei Kandidat*innen entscheiden, die nicht ihre erste Option gewesen waren. Gewonnen hat das Kopf-an-Kopfrennen um die peruanische Präsidentschaft, mit einem hauchdünnen Vorsprung von knapp 50.000 Stimmen, dann doch eine Frau. Allerdings eine höchst umstrittene. Keiko Fujimori, die Tochter des Diktators.

Ein kontroverses Erbe

Am 28. Juli 2026 trat die 51-jährige ihr Amt an. Ihr vierter Versuch, Präsidentin Perus zu werden, war von Erfolg gekrönt. Hauchdünn hat sie die Stichwahl gewonnen. Bei vielen Peruaner*innen ist sie umstritten. Das liegt vor allem an ihrem Nachnamen und dem politischen Erbe, das sie sich anzutreten vorgenommen hat.

Keiko Fujimori ist die Tochter des Diktators Alberto Fujimori. Bis heute spaltet der Name Alberto Fujimori die Geister der Peruaner*innen. Die einen halten ihm zugute, dass er nach der Periode der Hyperinflation und des wirtschaftlichen Niedergangs Peru mit einem neoliberalen Wirtschaftsprogramm in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wieder auf Wachstumskurs gebracht habe. In seine erste Amtszeit 1990 – 1995 fiel auch die Gefangennahme des Anführers der terroristischen Organisation Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad), Abimael Guzmán, und die nachfolgende Befriedung des vom Bürgerkrieg geschüttelten Landes. Da Fujimori zudem Lebensmittel für Suppenküchen subventionierte und Straßen in abgelegenen Landesteilen baute, fand er nicht nur bei den Rei-

chen, sondern auch bei den Armen Zustimmung, insbesondere in den städtischen Randvierteln. Die Gegner*innen Fujimoris dagegen sehen, dass er in den zehn Jahren seiner Amtszeit zunehmend autoritär regierte und im Kampf gegen den Leuchtenden Pfad frappierende Menschenrechtsverletzungen beging.[133] 1992 schloss Alberto Fujimori, mithilfe des Militärs, den mehrheitlich von der Opposition besetzten Kongress und löste den Senat als zweite Kammer ganz auf. Er setzte die Verfassung außer Kraft und ließ eine neue verfassungsgebende Versammlung wählen. Die neue Verfassung wurde 1993 in einem Referendum angenommen. Darin ist der Neoliberalismus als Staatsdoktrin festgeschrieben, mit weitgehenden Vorrechten für ausländische Investitionen.

Korrupt und brutal

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Sendero Luminoso beauftragte er paramilitärische Gruppen und ließ den Geheimdienst, die Polizei und das Militär unschuldige Bürger*innen als angebliche Unterstützer*innen des Terrorismus umbringen, verschwinden lassen oder einsperren. Insbesondere indigene Bauern und Bäuerinnen aus den Anden wurden Opfer der Aufstandsbekämpfung durch Polizei und Streitkräfte, die direkt aus dem Präsidialpalast angeordnet wurde. Die Spielräume für die Zivilgesellschaft wurden immer enger, Bürger*innenrechte wurden ausgesetzt, das Militär hatte weitreichende Befugnisse und der Geheimdienst schien allgegenwärtig. Fujimori, berauscht von seiner Macht, wollte sich nach zehn Jahren im Amt, für ein drittes Mal wählen lassen, obwohl die peruanische Verfassung dies verbot. Im Juni 2000 trat er nach höchst umstrittenen Wahlen, die unter Betrugsverdacht standen, seine dritte Amtszeit an.

In diesen Jahren wurde ein Mann für Fujimori immer wichtiger: der Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos. Über dessen Rolle im Staat wurde gemunkelt. Journalist*innen, die über ihn recherchierten, wurden schnell zum Schweigen gebracht. Bis am 14. September 2000 eine Bombe einschlug: Das peruanische Fernsehen zeigte zur besten Sendezeit, wie Montesinos einem oppositionellen Abgeordneten Bündel mit Geldscheinen überreichte. Dieser war kurz nach den Wahlen zur Fraktion Fujimoris gewechselt. Das Video zeigte nun, woher der Sinneswandel kam. Es war der erste Teil einer ganzen Serie von „Vladi-Videos“, die schwarz auf weiß bewiesen, wie das Duo Montesinos-Fujimori gezielt Abgeordnete, Medienschaffende, Entertainer*innen und Unternehmer*innen bestochen hat. Hinzu kam die Meldung des Schweizer Botschafters, dass in der Schweiz Konten von Montesinos gefunden und eingefroren worden waren. Das Duo Fujimori-Montesinos hatte nicht nur gegen Menschenrechte verstoßen, sondern auch die Staatskasse geplündert.

Alberto Fujimori setzte sich 2001 nach Japan ab. Wegen der begangenen Menschenrechtsverletzungen wurde er per internationalem Haftbefehl gesucht. 2005 wurde er bei seiner Einreise nach Chile verhaftet und nach Peru ausgeliefert. In Lima wurde er 2007 wegen Menschenrechtsverbrechen zu 25 Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2023 kam er aus humanitären Gründen frei. Zehn Monate später starb er in Lima an Krebs.

Vladimiro Montesinos war bereits 2001 in Venezuela verhaftet worden und wurde in Peru zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Bis heute sitzt er seine Strafe im Hochsicherheitsgefängnis der Marine in Callao ab.

Perus Rückkehr zur Demokratie

Dem politischen Korruptionsskandal des Jahres 2000 folgte in Peru ein demokratischer Frühling. Alejandro Toledo wurde rechtmäßig zum Präsidenten gewählt. Eine offiziell eingesetzte Wahrheits- und Versöhnungskommission arbeitete die 20 Jahre (1980–2000) des internen Konflikts zwischen der terroristischen Organisation Sendero Luminoso und der lateinamerikanischen Guerillaorganisation Movimiento Revolucionario Túpac Amaru – MRTA (Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru) einerseits und den peruanischen Streitkräften andererseits auf. Die Bilanz war erschreckend: Fast 70.000 Menschen – überwiegend indigene Bauern und Bäuerinnen aus abgelegenen Andendörfern – waren dem Krieg zum Opfer gefallen, weil sie zwischen die Fronten geraten waren. Die Wahrheitskommission[134] wies auf den Rassismus hin, der Peru bis heute prägt und der den Nährboden dafür bildete, dass diese Menschen getötet oder verschwindengelassen werden konnten, ohne dass dies politische Folgen gehabt hätte. 2015 wurde in Lima das Bürgerkriegsmuseum Lugar de la Memoria, la Tolerancia y la Inclusión Social (Museum der Erinnerung und Versöhnung) zum Gedenken an die Opfer des Bürgerkriegs eingeweiht, das unter anderem mit deutschen Geldern errichtet wurde.

Bis 2016 wechselten sich die drei rechtmäßig gewählten Präsidenten Alejandro Toledo, Alan García und Ollanta Humala turnusgemäß im Amt ab. Der Konsens einer marktfreundlichen Wirtschaftspolitik erstreckte sich über alle drei Amtsperioden. Steigende Einnahmen durch den Rohstoffboom ermöglichten nicht nur hohe Gewinne für die Unternehmen, sondern auch staatliche Sozialprogramme und eine Senkung des Armutsniveaus um bis zu 50 Prozent. Erst in der Corona-Pandemie stieg die Armutsrate wieder an und ist seitdem auch nicht mehr zurückgegangen. Im Jahr 2016 nahm die peruanische Politik eine schicksalhafte Wendung. Daran hatte Keiko Fujimori keinen geringen Anteil.

Wer ist Keiko Fujimori?

Keiko Fujimori und ihre drei jüngeren Geschwister führten ein Leben der Mittelschicht Limas, bis der Außenseiterkandidat Alberto Fujimori 1990 überraschend die peruanischen Präsidentschaftswahlen gewann. Als Teenager zog sie mit ihren Eltern und drei Geschwistern in den Präsidialpalast ein. Sie erlebte mit, wie ihr Vater ihre Mutter Susana Higuchi aus dem Präsidentenpalast jagte. Higuchi hatte ihren Ex-Mann des Betrugs und der häuslichen Gewalt bezichtigt. Die Kinder blieben beim Vater im Palast. Die damals 19-jährige Keiko Fujimori übernahm als älteste Tochter das Amt der First Lady Perus.

Als ihr Vater sich nach dem Korruptionsskandal nach Japan absetzte, ließ er die damals 25-jährige Keiko in Peru zurück. Sie musste sich vor Untersuchungskommissionen wegen Korruption verantworten, wurde letztlich aber nicht angeklagt.

133 Ragas, José (2022): Los años de Fujimori (1990 - 2000). Lima, Instituto de Estudios Peruanos.

134 Lerner Febres, Salomón; Sayer, Josef (Hrsg.) (2008): Wider das Vergessen: Yuyanapanq: Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission Peru. Grünwald. Die neun Bände des spanischsprachigen Originalberichts sind unter cverdad.org.pe abrufbar.



Die Auslieferung von Alberto Fujimori wurde 2007 genehmigt. Bis heute polarisiert der ehemalige Diktator die peruanische Gesellschaft.
Quelle: Pedro Rivas Ugaz via Flickr , CC BY 2.0

2006 startete sie eine eigene politische Karriere – immer in den Fußstapfen ihres Vaters. Keiko Fujimori wurde zur Abgeordneten des peruanischen Kongresses gewählt. In dieser Legislaturperiode (2006–2011) hatte sie die höchsten Fehlzeiten aller Abgeordneten. Zeitgleich studierte sie einen Master in den USA und bekam zwei Töchter. Seit 2011 ist Keiko Fujimori zwar eine Konstante in der peruanischen Politik, hat aber nie mehr ein offizielles Amt bekleidet oder ist einer bekannten Arbeit nachgegangen. Als Präsidentin ihrer Partei lebte sie von den Abgaben ihrer gewählten Abgeordneten. Regierungserfahrung hat sie nicht.

2011 bewarb sie sich erstmals um das Präsidialamt und unterlag in der Stichwahl dem Linksnationalisten Ollanta Humala. Ihre neu gegründete Partei Fuerza Popular wurde jedoch im selben Jahr zur zweitgrößten Fraktion im Kongress. 2016 versuchte sie es erneut und unterlag äußerst knapp dem wirtschaftsliberalen Pedro Pablo Kuczynski. Diesmal stellte ihre Partei die Mehrheit im Kongress.[135]

Man hätte meinen können, dass Kuczynski in Fujimoris Partei den parlamentarischen Rückhalt finden sollte, den er für seine Vorhaben brauchte. Schließlich unterschieden sich Kuczynskis Peruanos por el Kambio und Fujimoris Fuerza Popular nur wenig in ihren wirtschaftsfreundlichen Programmen. Doch weit gefehlt. Fuerza Popular setzte ihre Macht ein, um sich für Fujimoris erlittene Niederlage zu rächen. Sie torpedierte Kuczynskis Politik und bewegte ihn 2018 schließlich zum Rücktritt, bevor der von Fuerza Popular dominierte Kongress ihn wegen „moralischer Unfähigkeit" infolge von Korruptionsverwerwicklungen absetzen konnte.

Der Korruptionsskandal Lava-Jato

Die Korruptionsvorwürfe gegen Kuczynski hatten ihren Ursprung im Lava-Jato-Bestechungsskandal. Der größte Korruptionsskandal der lateinamerikanischen Geschichte machte dem „peruanischen Frühling" den endgültigen Garaus. Damit endete der Aufbruch der 2000er Jahre und der Aufbau demokratischer Institutionen versank in einem neuen Korruptionssumpf.

Brasilianische Behörden brachten 2014 im Lava-Jato-Prozess die internationalen Schmiergeldzahlungen brasilianischer Baufirmen ans Licht. Alle peruanischen Präsidenten der letzten 20 Jahre sowie hochrangige Politiker*innen und Unternehmer*innen gerieten ins Visier der Staatsanwält*innen. Sie hatten sich die öffentlichen Aufträge für Straßen, Flughäfen oder Spitäler von den brasilianischen Firmen Odebrecht, OAS und Camargo Correia hoch bezahlen lassen. Ein Ex-Präsident nach dem anderen und viele andere Politiker*innen wurde wegen Korruption und Geldwäsche angeklagt und verhaftet. Praktisch alle Politiker*innen und Ex-Präsidenten hatten Parteispenden angenommen.

Dabei machten die Staatsanwält*innen keinen Unterschied, ob die Gelder in private Taschen oder in den Wahlkampf geflossen waren. Auch Präsident Kuczynski wurde wegen einer früheren Zusammenarbeit mit Odebrecht zu seiner Zeit als Wirtschaftsminister unter Präsident Toledo im Jahr 2006 untersucht und angeklagt. Der ehemalige Präsident Alan García entzog sich im Jahr 2019 der bevorstehenden Verhaftung durch Selbstmord. Im allgemeinen Eifer zur Korruptionsbekämpfung der Staatsanwält*innen kamen so manche rechtsstaatlichen Prinzipien unter die Räder. Angeklagte saßen monate- bis jahrelang ohne Urteil in Untersuchungshaft oder standen unter Hausarrest. Auch Keiko Fujimori verbrachte deswegen über ein Jahr im Gefängnis. Im Januar 2026 stellte das Verfassungsgericht das Verfahren wegen Geldwäsche jedoch wieder ein, da die Annahme von Spenden illegaler Herkunft zum Zeitpunkt der Tat in Peru noch nicht als Delikt galt. Damit war für Keiko Fujimori der Weg zur Präsidentschaft frei.

Jedes Jahr ein neuer Präsident

In den letzten Jahren erlangte Peru traurige Berühmtheit, weil innerhalb von zehn Jahren acht Präsident*innen sich im Amt abwechselten. Der Niedergang der peruanischen Politik begann mit dem Rücktritt von Kuczynski.[136] Damit unterwarf die Legislative, unter der Mehrheitspartei Fuerza Popular, sich erstmals die Exekutive. Seitdem liefern sich Exekutive und Legislative ein Rennen darum, wer wen zuerst absetzt: Dies darf ein*e Präsident*in laut Verfassung, wenn eine Vertrauensfrage zweimal vom Kongress abgelehnt wird. Martin Vizcarra, der Nachfolger Kuczynskis, machte 2020 davon Gebrauch und be-

135 In Peru werden in der ersten Wahlrunde Präsident*in und Abgeordnete gewählt. Wenn kein*e Präsidentschaftskandidat*in über 50 Prozent der Stimmen bekommt, gehen die beiden Erstplatzierten in die Stichwahl. So kommt es, dass die Oppositionspartei die absolute Mehrheit im Kongress hatte, aber nicht den Präsidenten stellte.

136 Dargent Bocanegra, Eduardo; Rousseau Stéphanie (2022): Choque de poderes y degradación institucional. Cambio de sistema sin cambio de reglas en el Perú (2016 - 2022). In: Política y gobierno, vol. XXIX, nro 2, II sem. de 2022.

rief neue Parlamentswahlen ein. Umgekehrt bediente sich das Parlament eines Paragrafen, der bisher nur in den seltensten Fällen zur Anwendung gekommen war: Der Kongress durfte den Präsidenten mit einer Zweidrittelmehrheit absetzen, sollte dieser sich als „dauerhaft moralisch unfähig" erwiesen haben. Alberto Fujimori wurde, nachdem er 2000 per Fax aus Japan abgedankt hatte, vom Kongress deswegen abgesetzt. Kuczynski wäre um ein Haar abgesetzt worden, danach traf es seinen Nachfolger Martín Vizcarra. Ein Jahr nachdem Vizcarra den Kongress schloss, setzten ihn die neugewählten Abgeordneten wegen Korruptionsvorwürfen aus seiner Zeit als Gouverneur der Region Moquegua ab. 2023 war dann Pedro Castillo an der Reihe und zwei Jahre später dessen Nachfolgerin Dina Boluarte.

Linker Präsident versucht einen Putsch

Das Jahr 2023 war ein weiteres Schlüsseldatum in der von Wendungen geprägten peruanischen Politik. Überraschend und mit hauchdünnem Vorsprung gewann der linke Dorfschullehrer Pedro Castillo die Stichwahl gegen Keiko Fujimori. Zwar verfügte seine Partei Peru Libre zuerst über die meisten Sitze, sie spaltete sich jedoch in fünf Gruppen auf. Damit wurde Fujimoris Partei Fuerza Popular erneut die größte Fraktion im Kongress, verfügte aber über keine absolute Mehrheit.

Von Beginn an begehrte der Kongress gegen den Außenseiter Pedro Castillo auf. Zwei Absetzungsvorhaben im Dezember 2021 und März 2022 waren gescheitert, eines nur knapp. Im Dezember 2022 schien der Kongress über genügend Stimmen zu verfügen, um Castillo abzusetzen. Die Opposition begründete Castillos „permanente moralische Unfähigkeit" mit Korruptionsvorwürfen, seiner angeblichen Unfähigkeit und dem Plagiat seiner Masterarbeit.

Um seiner Absetzung zuvorzukommen, erklärte Castillo im Fernsehen die Schließung des Kongresses. Doch die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür – zweimalige Ablehnung einer Vertrauensfrage – erfüllte er nicht. Der linksgerichtete Castillo hatte demnach einen Selbstputsch versucht, wurde abgesetzt und landete im Gefängnis. Vor allem der indigene Süden protestierte monatelang gegen die Absetzung Castillos und gegen die verfassungsgemäße Amtsübernahme durch seine Vizepräsidentin Dina Boluarte. Die Anhänger*innen Castillos forderten Neuwahlen und warfen Boluarte Verrat vor, hatte sie doch einige Monate vorher noch verkündet, im Falle einer Absetzung Castillos von ihrem Amt zurückzutreten. Doch nun hatte sich Boluarte den Bedingungen des Kongresses gebeugt und ging mit Gewalt gegen die Demonstrierenden vor. Zwischen dem 11. Dezember 2022 und dem 28. Januar 2023 erschossen Polizei und Militär 49 Menschen, davon 17 Personen an einem einzigen Tag, dem 9. Januar, in Juliaca. Amnesty International sprach in seinem Untersuchungsbericht von außergesetzlichen Hinrichtungen und illegaler Anwendung von Gewalt durch die Sicherheitskräfte.[137]

Die aufgebrachten Menschen aus den südlichen Anden verlagerten ihre Proteste anschließend in die Hauptstadt Lima. Unter großen finanziellen Opfern unternahmen indigene Bäuerinnen und Bauern sowie Studierende die 20-stündige Fahrt in die Hauptstadt und belagerten mehrere Wochen lang die Altstadt Limas. Sie forderten die Absetzung Boluartes und des Kongresses. Die Hauptstadtmedien diffamierten die Demonstrierenden als Terrorist*innen und schürten die Angst vor den „gewalttätigen Indigenen". Polizei und Militär gingen hart vor und räumten Universitäten, die den Demonstrierenden auf ihrem Campus Unterschlupf gewährt hatten. Letztlich gingen den Demonstrierenden jedoch die Mittel aus. Sie mussten nach Puno zurückkehren und sich wieder um ihren Marktstand oder ihren Acker kümmern. Obwohl die Proteste massiv waren und lange anhielten, entstanden daraus keine neuen Führungsfiguren, die der entstehenden sozialen Volksbewegung eine Richtung hätten geben können. Zurück blieb bei den Demonstrant*innen die Frustration, die Trauer und die Angst vor Repression.

Die Diktatur des Parlaments

Bis heute musste sich die Regierung Boluarte nicht für dieses Massaker verantworten. Dies lag vor allem an der Macht des Kongresses, die nun richtig Fahrt aufnahm.[138] Mit der Absetzung von Kuczynski im Jahr 2016 hatten die Parlamentarier*innen entdeckt, dass sie die Macht hatten, einen Präsidenten abzusetzen – insbesondere, wenn er oder sie selbst über keine Hausmacht im Parlament verfügte. Wenn sich zudem viele Parlamentarier*innen an keine Partei gebunden fühlen, sondern vor allem ihren Geldgeber*innen und eigenen Interessen verpflichtet sind, dann entsteht eine Art „Lumpenparlament". Da peruanische Kongressabgeordnete nicht wiedergewählt werden dürfen, müssen sie keine Rücksicht auf die nächsten Wahlen nehmen. Sie haben nur fünf Jahre Zeit, um sich zu bereichern. Diese perverse Dynamik erreichte ihren Höhepunkt nach der Absetzung Castillos und dem Niederschlagen der Proteste im Kongress von 2023 bis 2026. Viele in Peru nennen diese Jahre eine „Diktatur des Parlaments", was eigentlich ein Widerspruch in sich ist. Und zumindest in Lateinamerika ist es eine Besonderheit, denn sonst sind es immer autoritäre Präsident*innen, die sich ein Alibiparlament halten. Im Peru der letzten Jahre war es jedoch genau umgekehrt: Präsidentin Boluarte und ihre unbedeutenden Nachfolger waren Marionetten eines mächtigen Kongresses.

Der Politikwissenschaftler Martin Tanaka bezeichnet diese Ära als konservativen und populistischen Super-Kongress.[139] Er macht vor allem den Zerfall politischer Parteien dafür verantwortlich, dass Abgeordnete aus dem gesamten politischen Spektrum gemeinsame Sache machten und eine konservative, populistische und von kurzfristigen Partikularinteressen geleitete Agenda im Kongress vorantrieben. Sie fühlten sich keiner Fraktion oder Partei verpflichtet. Denn in Peru sind Parteien oft nur noch Hüllen, hinter denen Personen mit eigener Agenda und Geld kandidieren. Sie sitzen dann im Parlament, um eigene Interessen voranzutreiben oder ihre Stimme an die meistbietenden Lobbygruppen zu verkaufen. In diesem „Lumpenparlament" mit schwindendem Fraktionszwang wurde Fujimoris Partei Fuerza Popular zur solidesten Partei mit der längsten Parlamentserfahrung. Mit wechselnden Allianzen, die von ganz rechts bis ganz links reichten, verabschiedete die-

137 Amnesty International (2023): Lethal Racism. Extrajudicial executions and unlawful use of force by peru´s Secturity forces. https://www.amnesty.org/en/documents/amr46/6761/2023/en/.

138 Freeman, Will (2025): Peru Shows How Democracies Die Even Without a Dictator. New York Times, 24.10.2025.

139 Tanaka, Martin (2026): La agonía del Perú posfujimori. Lo que termina, porqué y lo que podría venir. Instituto de Estudios Peruanos, Lima.

ser „mafiöse Pakt"[140], wie er von den oppositionellen Medien genannt wurde, verschiedenste Gesetze, die die institutionellen Reformen der letzten Jahre zurückschraubten. So hat der Kongress im Jahr 2022 die Hochschulreform zugunsten privater gewinnorientierter Universitäten gekappt, deren Besitzer*innen im Kongress vertreten waren. Den Nachteil haben zigtausend Studierende, die nun wieder Geld für Universitäten mit einem lausigen Niveau ausgeben müssen. Seit 2022 hat der Kongress außerdem 65 neue staatliche Universitäten in allen Teilen des Landes geschaffen – Universitäten, die nur auf dem Papier existieren, weil keine Mittel dafür vorhanden sind. Falls sie unter den neuen, niedrigen Zugangsbedingungen akkreditiert werden, müssen sie außerdem keine Qualität in der Lehre nachweisen.

Ebenso hat der Kongress die Frist für die Formalisierung von illegalen Goldgräber*innen erneut verlängert. Ehemals artisanale und kleine Goldgräber*innen, die ohne Genehmigung in aufgelassenen Minen oder an Flüssen in der Amazonasregion nach Gold suchten, sind durch die hohen Goldpreise zu großen Unternehmen geworden. Auf Papier geben sie sich jedoch weiterhin als Kleinschürfer*innen aus. Damit können sie sich offiziell registrieren lassen, müssen sich jedoch verpflichten, alle staatlichen Auflagen innerhalb eines Jahres nachzureichen. Doch diese Frist wird seit Jahren vom Parlament immer wieder verlängert, so dass Produzent*innen, die ihr Gold illegal gewinnen, dieses als legal verkaufen können. Das freut alle illegalen Goldbergwerksbetreiber*innen, deren Produktion inzwischen die Hälfte der peruanischen Goldexporte ausmacht. Im Jahr 2024 konnte für 93 Tonnen Gold – von insgesamt 200 Tonnen exportiertem Gold – kein Herkunftsnachweis erbracht werden.[141] Den Nachteil haben die Natur und die Arbeiter*innen, die beide ungeschützt sind. Zu dieser Reihe von Gesetzen gehören auch Erlasse, die die Strafverfolgung von Kriminellen erschweren, statt sie zu erleichtern.

Der Kongress hat auch Institutionen, die sich in den vergangenen Jahren ein unabhängiges Standing geschaffen haben, mit ihm genehmen Personen besetzt, ohne dass diese die entsprechende fachliche Qualifikation besitzen. Dazu gehören die staatliche Ombudsstelle, Verfassungsrichter*innen, die Staatsanwaltschaft und das Aufsichtsgremium der Richter*innen. Räume der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen wurden gesetzlich stark beschnitten. Neue anti-NGO-Gesetze verlangen hohe administrative Auflagen und eine strenge Kontrolle durch die staatliche Agentur für Entwicklungszusammenarbeit.[142]

Gemeinsamer Nenner: illiberal, konservativ, populistisch

Der gemeinsame Nenner des Superkongresses war eine konservative illiberale Agenda. So wurde beispielsweise gendergerechte Sprache aus den Schulbüchern gestrichen. Zudem handelte es sich um eine populistische Agenda mit großzügigen Wahlgeschenken an die verschiedensten Gruppierungen der jeweiligen Abgeordneten. Der Kongress und die Präsident*innen waren so unbeliebt wie noch nie. In den Umfragen der letzten Jahre kamen die Beliebtheitswerte der jeweiligen Präsident*innen nie über zehn Prozent hinaus. Noch schlechter schnitten nur die Abgeordneten ab.

Warum äußerte sich diese überwältigende Ablehnung nicht in massiven öffentlichen Protesten? Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste von 2022/2023 hatten viele Menschen Angst, ihrer Ablehnung öffentlichen Ausdruck zu verleihen. Die Ermordung von Demonstrierenden, die anschließende juristische Verfolgung aber auch die materiellen Einbußen, die der monatelange Protest vor allem im Süden des Landes gefordert hatte, hielten die Menschen davon ab, erneut zu protestieren. Aus den Protesten von 2022 und 2023 sind zudem keine neuen Führungspersonen hervorgegangen, die eine neue soziale indigene Bewegung voranbringen könnten. Im Oktober 2025 gingen in Lima erneut Jugendliche auf die Straße, um gegen Boluartes Nachfolger zu protestieren. Ein Demonstrant wurde dabei erschossen, doch der Protest verpuffte isoliert.

Und noch ein Faktor führte dazu, dass sich die Ablehnung gegen den Mafia-Kongress nicht zum Aufstand der Bürger*innen führte. Während die Politik ein Trauerspiel aufführte, zeigte sich die Wirtschaft davon unberührt. Perus Wirtschaftswachstum blieb solide, die Inflation und die Schuldenrate gehörten zu den niedrigsten in ganz Lateinamerika.

Der Kaiser von Peru

Seit 35 Jahren läuft die peruanische Volkswirtschaft praktisch auf Autopilot. Keine Regierung hat die Marktwirtschaft und die volkswirtschaftliche Stabilität bisher angetastet – ganz gleich, ob sie mit einem eher linken oder rechten Programm angetreten ist. Der Garant für diese volkswirtschaftliche Stabilität heißt Federico Velarde. Seit 20 Jahren leitet er die peruanische Zentralbank. Während er all die Präsidenten und eine Präsidentin kommen und gehen sah, hütete er mit einem flexiblen, aber verwalteten Wechselkurssystem die volkswirtschaftliche Bonität Perus. Der Wechselkurs zum Dollar orientiert sich am Markt, die Zentralbank kauft aber bei Bedarf gezielt Devisen auf um große Schwankungen auszugleichen. Manche bezeichnen deswegen Federico Velarde als den eigentlichen „Kaiser" Perus.

Dass von der volkswirtschaftlichen Stabilität und dem Wachstum zu wenige Bevölkerungsgruppen profitieren, wird unter anderem durch die illegale Ökonomie wettgemacht. In den letzten Jahren und ganz besonders seit der Corona-Pandemie haben illegaler Goldbergbau, Abholzung, Drogen- und Menschenhandel sowie die dazugehörige Geldwäsche weite Landstriche Perus fest im Griff. Damit erzielen zwar vom Markt Ausgeschlossene neue Einkommensquellen, jedoch zum Preis der organisierten Kriminalität, der Naturzerstörung und der Rechtslosigkeit.

140 https://larepublica.pe/politica/2026/06/08/un-eventual-gobierno-de-keiko-fujimori-seria-continuacion-del-pacto-mafioso-en-el-congreso-fuerza-popular-hnews-536865.

141 https://ipe.org.pe/el-avance-de-la-mineria-ilegal-en-peru/.

142 https://www.infostelle-peru.de/politik-und-demokratie/verordnungen-fuers-apci-gesetz-verabschiedet/.



Umweltzerstörung auch durch legalen Bergbau: Die Zink-, Silber- und Bleimine von Cerro de Pasco ist einer der ältesten und umweltschädlichsten Bergwerke Perus.
Quelle: SkyTruth vía Flickr , CC BY-NC-SA 2.0

Eine Frau von „Gesetz und Ordnung“

Keiko Fujimori hat die Wahlen gewonnen, weil sie versprochen hat, die grassierende Kriminalität wirksam zu bekämpfen. In den letzten Jahren ist die Kriminalität vor allem in der Hauptstadt Lima stark angestiegen. Sie betrifft vor allem die arme Bevölkerung, kleine Händler*innen und Solo-Unternehmer*innen der unteren Mittelschicht. 70 Prozent der Peruaner*innen arbeiten ohne formelle Arbeitsabsicherung und sind deswegen bevorzugte Opfer von Schutzgelderpressungen.[143] Verschiedenste, größtenteils nicht identifizierte Banden erpressen via WhatsApp und Handy Schutzgeld von Händler*innen, Musiker*innen oder Besitzer*innen von Tante-Emma-Läden. Besonders ins Visier genommen haben sie die privaten Busfahrer*innen, die in Lima den fast nicht existenten öffentlichen Verkehr ersetzen. Wer nicht zahlt, läuft Gefahr, umgebracht zu werden. In diesem Jahr wurden bereits 64 Busfahrer*innen ermordet, weil sie sich weigerten, Schutzgeld zu zahlen. In den Jahren 2025 und 2026 waren es Busfahrer*innen und Handelstreibende, die die Stadt Lima mit Streiks lahmlegten und eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung forderten.

Fujimori stellte sich im Wahlkampf als Frau von Gesetz und Ordnung dar und gewann damit die Wahlen. In ihrer Antrittsrede kündigte sie an, den Ausnahmezustand auszurufen und dem Militär die Kontrolle zu übergeben. Diese Maßnahmen hatte bereits ihre Vorgängerin im Amt, Dina Boluarte, ergriffen – ohne Erfolg. Denn die Schutzgelderpresser*innen arbeiten heute mit digitalen Mitteln wie WhatsApp und elektronischen Geldüberweisungen. Dagegen sind bewaffnete Soldat*innen auf den Straßen wirkungslos. Zugleich erinnert das Militär auf den Straßen aber auch an die Methoden der Aufstandsbekämpfung ihres Vaters. So wie vor 35 Jahren Menschen aus Ayacucho oder Studierende vom Militär unter Terrorismus-Generalverdacht gestellt wurden, könnten heute Protestierende oder die gut eine Million Venezolaner*innen, die in Peru Zuflucht gesucht haben, betroffen sein. Im Wahlkampf hatte Fujimori angekündigt, „Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung“ auszuweisen und einen „humanitären Korridor“ einrichten zu wollen, damit diejenigen, die „gezwungen waren, ihr Land zu verlassen, zurückkehren können“.[144] Keiko Fujimori übernimmt ein Land, dessen Kriminalitätsrate umso höher gestiegen ist, je mehr das Ansehen und die Institutionalität von Regierung und Behörden gesunken sind. Vor ihrer Amtsübernahme hat sie verkündet, sie würde ein Land im katastrophalen Zustand übernehmen. Dabei hat sie jedoch vergessen zu erwähnen, dass sie als langjährige Vorsitzende der stärksten Partei im Kongress eine wesentliche Mitschuld an diesem Niedergang der Regierungsinstitutionen trägt.

Sie möchte das Erbe ihres Vaters fortsetzen. Für knapp die Hälfte der Peruaner*innen bedeutet dies eine Gefährdung der Demokratie und politische Korruption. Wird und vor allem kann Fujimori autoritär regieren? Zumindest kann sie nicht allein regieren. Die inoffizielle Macht, die sie in den letzten Jahren als Parteichefin ohne offizielles Amt – sie selbst hatte keinen Sitz im Kongress – ausgeübt hat, muss sie nun mit dem Kongress und dem wiedereröffneten Senat abstimmen. In keiner der beiden Kammern verfügt sie über eine Mehrheit. Selbst zusammen mit ihrem ideologisch nahestehenden Verbündeten, der Fraktion des peruanischen Donald-Trump-Verschnitts Rafael López Aliaga, läuft es mit der Opposition auf ein Patt hinaus. Zu dieser gehören die beiden Linksparteien Juntos por el Perú, die Partei des unterlegenen Kandidaten Roberto Sánchez, Ahora Nación, sowie die Partei Obras des über 80-jährigen Ricardo Belmont. Die Mitte-Links Partido del Buen Gobierno (Partei der guten Regierungsführung) könnte bei vielen Abstimmungen das Zünglein an der Waage bilden. Insgesamt sind sechs Parteien in den beiden Kammern vertreten, halb so viele wie im vorigen Kongress. Man kann nur hoffen, dass sich die linke Juntos por el Perú nicht ähnlich spaltet, wie Perú Libre, die Partei von Pedro Castillo, vor fünf Jahren, wodurch sich die Anzahl der Fraktionen im Kongress wundersam vermehrte.

Die vertretenen Parteien scheinen programmatisch ausgerichtet zu sein und ihre Abgeordneten scheinen besser für die Arbeit im Kongress und Senat gerüstet zu sein als einige der Parteien bzw. Wahlhüllen des vorigen Kongresses. Als bei der Wahl zum Vorsitzenden des Senats eine abtrünnige Stimme

143 https://gestion.pe/economia/informalidad-en-peru-cayo-pero-en-10-ciudades-la-situacion-fue-otra-como-entenderlo-empleo-en-peru-puestos-de-trabajo-inei-mercado-laboral-noticia/.

144 https://www.rfi.fr/es/am%C3%A9ricas/20260411-per%C3%BA-keiko-fujimori-promete-expulsar-a-los-migrantes-y-acercarse-a-trump-si-gana-la-presidencia.



2023 protestierten in Lima Anhänger*innen von Pedro Castillo mehrere Wochen lang und forderten den Rücktritt von Dina Boluarte. Quelle: Hildegard Willer

aus der Opposition dem Bündnis Fujimori/López Aliaga letztlich zum Sieg verhalf, wurden Erinnerungen an die politische Korruption wach, die Alberto Fujimori und sein Geheimdienstchef Montesinos einst so meisterlich beherrschten.

Wird Keiko Fujimori, so wie ihr Vater 1992, den Kongress schließen lassen, wenn dieser ihre Vorhaben blockiert? Ein großer Unterschied ist, dass sie nicht die gleiche Unterstützung genießt wie ihr Vater 1992. Damals waren 82 Prozent der Peruaner*innen für die Schließung des Kongresses. Heute dagegen haben seiner Tochter, inmitten der zersplitterten Parteienlandschaft, 17 Prozent der Wahlstimmen gereicht, um in die Stichwahl zu gelangen. Dass in der Stichwahl knapp über 50 Prozent der wahlberechtigten Peruaner*innen für sie gestimmt haben, bedeutet nicht, dass sie mit der Unterstützung der Hälfte der Bevölkerung rechnen kann. Es ist schwierig, aber nicht unmöglich, aus einer Minderheitenposition zur Diktatorin zu werden. Sollte die Pattsituation in Kongress und Senat zu einer Blockadepolitik führen, könnte Keiko Fujimori versucht sein, die politischen Tricks ihres Vaters neu anzuwenden.

Neue Bestimmungen für die Absetzung von Präsident*innen sowie für die Schließung des Kongresses machen es allerdings komplizierter, das Hase-Igel-Spiel der letzten Jahre zwischen Exekutive und Legislative weiterzuführen. 2021 erschwerte der Kongress den Präsident*innen, die Vertrauensfrage zu stellen. Heute ist der*die Staatschef*in erst nach zweimaliger Ablehnung im Kongress dazu befugt, diesen aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Im Jahr 2025 schließlich, zusammen mit der Wiedereinrichtung der zweiten Kammer, dem Senat, beschloss das Parlament, dass eine Absetzung von Präsident*innen vom Kongress und Senat gebilligt werden muss.

Keiko Fujimori tritt ihr Amt in einer Zeit des geopolitischen Umbruchs an. Lateinamerika mit seinen Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen ist zwischen China und den USA umkämpft. Nachdem China in den letzten Jahren, scheinbar unbemerkt, zum wichtigsten Handelspartner und größten Investor der meisten lateinamerikanischen Länder geworden ist, haben die USA unter Donald Trump eine Gegenoffensive gestartet, um die Region wieder unter ihren Einfluss zu bringen. Peru ist dabei ein besonders umkämpftes Land, weil China hier in Chancay, 80 Kilometer nördlich von Lima, den größten Tiefseehafen der südamerikanischen Pazifikküste gebaut hat. Zudem hat Peru die größte chinesischstämmige Bevölkerung in Lateinamerika, die Ende des 19. Jahrhunderts als billige Arbeitskräfte die versklavten afrikanischen Personen ersetzten.

Im Vorfeld der Wahlen sagte Keiko Fujimori, dass sie sich zwischen den beiden Machtzentren pragmatisch entscheiden würde, je nachdem was für Peru besser sei. Ihr Vater hatte vor 30 Jahren erstmals die Konzession für eine Eisenmine an eine chinesische Firma vergeben. Inzwischen befinden sich einige der größten Minen Perus in chinesischer Hand.[145] Sie hat allerdings auch eine persönliche Nähe zu den USA: Sie hat dort studiert, war mit einem US-Amerikaner verheiratet und hat zwei Kinder mit ihm.

Ihre ersten Amtshandlungen lassen vermuten, dass sie sich an die Seite Donald Trumps stellen und so in die Phalanx der rechten Trump-gefälligen Regierungen einreihen wird. Ihr Außenminister Carlos Espá war jahrelang Pressesprecher der US-Botschaft in Peru. Ihr Premierminister Luis Galarreta hat bei der taiwanesischen Vertretung gearbeitet. Bereits vor ihrem Amtsantritt hat Keiko verkündet, dass sie dem von Trump gegründeten Bündnis gegen Drogenkartelle, Migration und organisierte Kriminalität „Shield of the Americas“ beitreten will.

Fazit

Noch ist unklar, ob Peru unter Keiko Fujimori einen ähnlich autoritären und von Menschenrechtsvergehen gepflasterten Weg einschlagen wird wie unter ihrem Vater Alberto Fujimori. Allerdings lieferte der Fujimori-Abgeordnete Fernando Rospigliosi bereits einen Vorgeschmack darauf. Am 21. Juli 2026, eine Woche vor Fujimoris Amtsantritt, verabschiedete der Kongress eine Gesetzesvorlage, die vorsieht, dass sich Polizist*innen und Militärs künftig vor einer speziellen Militärgerichtsbarkeit sich verantworten müssen.[146] Dies kann in der Praxis eine weitgehende Amnestie für Vergehen von Polizei und Militär bedeuten.

Es ist anzunehmen, dass die Regierung Fujimoris kein Interesse daran hat, sich der Opfer ihres Vaters oder auch der Opfer der Menschenrechtsvergehen der letzten fünf Jahre zu erinnern, in denen sie den „Superkongress“ mit anführte, oder ihnen gar Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Erstaunlicherweise verzeichnete das Bürgerkriegsmuseum Lugar de la Memoria, das auch an die Menschenrechtsverbrechen von Alberto Fujimori erinnert, in den Tagen nach ihrem Amtsantritt Rekordbesuche. Möglicherweise wollten so viele Menschen wie möglich das Museum vor einer eventuellen Schließung unter Keiko Fujimori besuchen.

Für das Massaker von Juliaca im Januar 2023, an das sich Mariela Quispe auch drei Jahre danach noch so lebendig erinnert, hat bis heute niemand politische Verantwortung übernommen. Daran wird sich auch unter der Regierung von Keiko Fujimori nichts ändern.

145 https://www.riffreporter.de/de/international/peru-wahlen-usa-china-geopolitik.
146 https://www.infostelle-peru.de/politik-und-demokratie/menschenrechtsverletzungen-zukuenftig-ein-fall-fuer-die-militaergerichte/.

WEITERE INFORMATIONEN UND PUBLIKATIONEN

Im internet unter

www.fdcl.org









Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org

Rosa-Luxemburg-Stiftung – Zentrum für internationalen Dialog
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Fon: +49 30 44310-0 E-Mail: info@rosalux.org
Internet: www.rosalux.de

Der autoritäre Staatsumbau in Lateinamerika
Fachdossier

FDCL-Verlag | Berlin, 2026 | ISBN: 978-3-949237-26-3